

KARL JASPERS

Freiheit und
Wiedervereinigung

ÜBER AUFGABEN
DEUTSCHER POLITIK

Arendt
DD
257.25
.J37

PIPER

VORWORT
KARL JASPERS

Freiheit und Wiedervereinigung

ÜBER AUFGABEN
DEUTSCHER POLITIK

Karl Jaspers

R. PIPER & CO VERLAG
MÜNCHEN

EINLEITUNG

I. DIE WELTSITUATION UND DIE RANGORDNUNG DER AUFGABEN

a) Die drohende Vernichtung

Die Geschichte der Menschheit ist in den Augenblick ihrer größten Gefahr (nämlich des Endes durch atomare Vernichtung) und ihrer größten Chance (nämlich der Wandlung des Menschen zur Vernunft) gelangt.

Viele Menschen verwirklichen das Wissen von der Gefahr nicht durch einen Wandel ihrer inneren Motivation. Sie leben gedankenlos, produzieren und konsumieren. Aber in diesem Wirbel vermögen sie doch nicht zur Freude und zum Vertrauen zu kommen.

Andere sehen die Zukunft nur pessimistisch. Es hilft ja doch nichts mehr. Die Götter — meinen sie — haben den Menschen die Vernunft genommen, um sie zu verderben. Der gewaltige Umtrieb gibt alle Zeichen seines Rasens in die Zerstörung kund. Demokratie ist unmöglich, Diktatoren können in seltenen Glücksfällen für ihren Bereich vielleicht einmal zweckmäßig handeln. Aber alles ist auf die Dauer vergeblich.

Einige sind einsichtig und doch nicht ohne jede Hoffnung. Solange noch eine Chance ist, wollen sie diese ergreifen. Der Gang in die Vernichtung scheint ihnen nicht völlig unentrinnbar, denn der Mensch ist zur Vernunft geboren. Ihre Antriebe können durch Gedanken und Taten einiger, vieler, schließlich der Mehrzahl gekräftigt werden und zum Siege kommen. Zaubereien des verfälschten Denkens und blindwütige Antriebe lassen sich erhellen und dadurch schwächen.

b) Totale Herrschaft und Freiheit

Gleichzeitig mit der Gefahr der atomaren Vernichtung ist die Welt gespalten durch zwei Prinzipien: das der totalen Herrschaft und das der politischen Freiheit.

Der Totalitarismus will durch Bündnis mit allen Unzufriedenen, Schlechtweggekommenen, unter dem Schein der Hilfe sie um ihre mögliche Freiheit betrügen, durch Gewalt die Welt sich unterwerfen (China spricht es offen aus, die Sowjets verbergen es unter der Koexistenzthese). Das Prinzip der politischen Freiheit dagegen will überzeugen, alle Völker und Menschen zur freien Selbstbestimmung ihres Lebens bringen und schließlich in einer Weltkonföderation einigen.

Beide Prinzipien haben nirgends ihre volle Verwirklichung. Totale

2
Herrschaft findet ihre Grenze an menschlichen, aus den Massen ihr dunkel widerstehenden Ansprüchen. Die politische Freiheit ist eine Staats- und Gesellschaftsform, die eine Chance gibt, daß Freiheit sich aus Korruption und Selbstvergessenheit immer wieder erhebe.

Die totalitäre Welt ist aggressiv, die freie besteht auf Verträgen.

Für uns ist der Totalitarismus gegenwärtig in der Sowjet-Gestalt und der Knechtung Ostdeutschlands. Die Aufgabe der Selbstbehauptung des freien Abendlands koinzidiert vollkommen mit den Lebensinteressen der Bundesrepublik.

c) Die Bundesrepublik

Mit der Menschheit im ganzen steht auch die Bundesrepublik in der Gefahr des endgültigen Endes von Dasein und Freiheit. Mit ihr hat sie ihre Chance des Anfangs in eine neue Zukunft des Menschen.

Die Bundesrepublik hat ihre Aufgabe, an der sie all ihr Tun und Leben messen sollte, nur innerhalb des Ganzen, zunächst des Abendlandes, dann der Menschheit. Die Weltsituation gegenwärtig zu wissen ist Voraussetzung ihrer sinnvollen Politik.

Die Selbstbehauptung des Abendlandes wird unmöglich gemacht durch den Souveränitätsanspruch der Nationalstaaten. Es ist eine aus Einsicht in das Ganze folgende Willensentscheidung, auf den nationalstaatlichen Souveränitätsanspruch zu verzichten. Das bedeutet für die Bundesrepublik: ist die nationalstaatliche Einheit Deutschlands noch ein höchster politischer Wert, ja überhaupt noch ein wesentlicher Wert? Ist die Bejahung des nationalstaatlichen Dranges nicht Selbsttäuschung über das, was heute ist, und entspringt ihr nicht die Verkehrung der Rangordnung der Aufgaben?

Die Bundesrepublik hat die große Chance durch die Verwirklichung der demokratischen Idee im Rahmen zunächst des Abendlandes. Sie könnte der Welt ein neues Beispiel politischer Freiheit hinzufügen. Sie könnte, nachdem Deutschland den größten Exzeß im Nationalismus vollzogen hat, nun die klarste Einsicht in den heute notwendigerweise nur noch unpolitischen Charakter des Nationalbewußtseins finden. Denn das durch nationalstaatliche Ansprüche gesplante Abendland ist in dieser Gestalt zur Selbstbehauptung unfähig. Die Bundesrepublik würde die Teilnahme an dieser rettenden Wandlung und deren Vortreiben versäumen, wenn in ihr die gar nicht in Angriff zu nehmende Aufgabe der Wiedervereinigung das politische Bewußtsein erfüllt. Dann würde die wirklich gemeinsame Aufgabe der Bundesbürger, ein freies demokratisches Leben zu gestalten, ersetzt durch die täuschende

wissen, was faktisch ist, will das Reale nicht übergehen, dann aber vor allem: das Mehr-als-Reale, von dem die politische Realität mitbestimmt wird, wenn sie Dauer, Sinn und Größe gewinnt, nicht verraten.

Im Raum eines Volkes haben die Philosophen ihren Ort. Sie möchten gehört werden, und sie werden gehört. Sie wissen nicht den konkreten Rat für den Augenblick, aber sie möchten bei diesem Rat mit ihrer Denkungsart zugegen sein. Philosophieren vertieft die praktische Urteilskraft. Der »Irrealismus« der Philosophie kann sich auf die Dauer als der treffendere Realismus erweisen. Man verwechsle Philosophen nicht mit Staatsmännern, die den Rat für das Gegenwärtige wissen. Aber man nutze die philosophische Denkungsart als Licht, mit dem in konkreter Situation über die wesentlichen Dinge die Orientierung besser gelingt. Die Motivationen werden heller, die Realitäten klarer. Man kann solche Gedanken nicht abtun mit Sätzen wie: sie seien philosophisch interessant, aber nicht Gegenstand unserer Politik. Sie sind in der Tat nicht Gegenstand, aber Bewegungskraft der Politik.

Die Trennung des philosophischen Denkens als des spekulativen, träumenden, utopischen Denkens mit einem vielleicht eigenen geistigen Reiz von dem Denken der Realität, die damit nichts zu tun habe, halte ich für falsch. Zwar nicht die Philosophieprofessoren, aber die Philosophie beherrscht die Welt des Menschen, sei es in schlechter, verschleierter, bewußtloser, oder in hoher, geordneter, klarer Gestalt.

Philosophie, die die Berührung mit der Realität scheut, bleibt unverbindlich. Eigentliche Philosophie tritt in das Dasein selbst.

Philosophie denkt auf die höchsten Möglichkeiten hin, möchte das Gemeine überwältigen, möchte das Wesenlose des Betriebs durchdringen. Sie möchte den Aufschwung fördern, der aus dem Ethos des Volkes einen wahrhaftigen Staat heute in der Situation der fast erdrückenden Weltgefahr hervorbringen kann.

In dem geistigen Haushalt des Volkes muß es Spannungen geben. Der Staatsmann handelt und denkt, was für diesen Augenblick notwendig ist, mit der Verantwortung für die praktischen Folgen. Der Philosoph denkt mehr als das Aktuelle und handelt nicht. Er ergeht sich in Möglichkeiten mit der einzigen Verantwortung für den Ernst des Weges zur Wahrheit hin. Er hat mit seiner Meinung für das Tun des Tages kein Gewicht, um so mehr aber die Verantwortung für die von ihm mithervorgebrachte Vorstellungswelt, für die Folgen in der politischen Denkungsart, für die Zielsetzungen im ganzen.

Die Freiheit der Demokratie verlangt die Öffentlichkeit, auch dann,

Interesse der gesamten freien Welt, die beide dort, wo es um wirklich Wesentliches geht, zusammenfallen, kam vor einiger Zeit in einem Satze des Bundeskanzlers etwa so zum Ausdruck: Bei der Frage des unbedingten Eintritts für Berlin handle es sich nicht in erster Linie um das Schicksal der zweieinhalb Millionen Berliner, sondern darum, ob der Westen sein Wort halte. In der bewunderungswürdigen, einfachen, geduldigen, hartnäckigen, erfinderischen Außenpolitik des Bundeskanzlers, die das große Hauptinteresse des freien Abendlandes, mit dem jedes Glied steht oder fällt, und daher die Proportionen im Auge hat, war das einer der vielen weisen und wirkungskräftigen Sätze.

Nicht aber ist es »moralische Forderung an die Welt«, Hilfe zur Wiederherstellung der politischen Einheit mit den Grenzen des Bismarckstaates zu begehren. Das Dagewesensein dieses Staats begründet nach dem, was geschehen ist, kein moralisches Recht auf ihn. Vielmehr fällt rückwärts von dem schließlichen Ergebnis her ein Schatten auf den Bismarckstaat selbst. Bei dem über Tod und Leben entscheidenden Ernst der moralischen Forderung und ihrer Erfüllung gerät alles in Brüchigkeit, wenn die moralische Forderung an die falsche Stelle gesetzt wird.

3. FORDERUNG DER KLARHEIT DES GEGENWÄRTIGEN WILLENS

Nicht ein blinder Zwang der Geschichte setzt die Ziele, sondern der Wille der heute lebenden Deutschen, die ihre Geschichte sehen, beurteilen, revidieren. Dieser Wille ist keine feststehende Gegebenheit, sondern entspringt in der jederzeit zu erneuernden Selbstbesinnung. Der Wille muß sich selbst verstehen und wissen, was er eigentlich will. Diese Besinnung geht auf die tausend Jahre währende Geschichte des eigenen Volkes, auf die Vergangenheit des letzten Jahrhunderts, auf die unmittelbar vorhergegangenen Handlungen und Ereignisse, an denen wir noch teilhatten. Sie geht weiter auf die Faktizität der Gegenwart und die Rangordnung der Probleme, wie sie sich aus der Weltlage ergeben.

Diese Besinnung wird getrübt durch unbewußt herrschende Vorstellungen, die sich auf Vergangenes beziehen, das nicht mehr ist. Es gängelt unsere Willenstendenzen und läßt versäumen, was möglich ist. Es ist die Erinnerung an den Bismarckstaat (unter ihm verstehe ich hier nur die durch Bismarck geschaffene territoriale Einheit Kleindeutschlands unter preussischer Führung). Es ist aber auch die Erinnerung an des Reiches Herrlichkeit der wilhelminischen Zeit bis 1914, die von Zeitgenossen keineswegs durchweg als solche Herrlichkeit empfunden wurde. Das geschah nur bei denen, die die Großartigkeit und Sicherheit

des Lebens in den statistischen Angaben fanden, die damals Jahr für Jahr das noch nicht dagewesene Wachsen der Wirtschaft und des Welt-handels bekundeten und von uns allen mit Staunen gelesen wurden. Oder die Herrlichkeit wurde uneingeschränkt empfunden bei denen, die die militärische Macht als das Beste, das es gibt, ansahen und in der Gesinnung lebten, der Staat habe dem Militär, nicht das Militär dem Staat zu dienen, daher das monarchische Staatsoberhaupt wesentlich als den obersten Kriegsherrn kannten (Symbol dafür: 1914 mußte die Politik der vermeintlichen militärischen Notwendigkeit des Schlieffenplans weichen). Schließlich war die Zufriedenheit bei denen, die in romantischen Reichsgefühlen ihr Herz schlagen ließen. Wem die Erinnerung an den wilhelminischen Staat und seine Einheit Klein-deutschlands nicht nur historische Erinnerung, sondern als Einheit von Militärmacht, Territorium, Wirtschaftsblüte, Scheinkonstitutionalismus noch heute wirkende Norm ist, der wird von einem Gespenst der Ver-gangenheit getäuscht.

Aber auch die Vorstellung der territorialen Einheit, die nicht an diesen Charakter des wilhelminischen Staats denkt, sondern nur an die Einheit des deutschen Volkes, ist eine, die erst mit dem Bismarckstaat wirklich wurde und nun bald ein Jahrhundert lang sich eingepägt hat. Diese Einprägung, gemessen an der gesamtdeutschen Geschichte etwas Vorübergehendes, ist vielleicht rückgängig zu machen notwendig.

Die Besinnung verlangt die Anerkennung der Folgen eines Krieges, für dessen Anzettelung durch den Hitlerstaat und Durchführung durch die Generäle wir als Bürger des Staats, der dieses tat, haften. Nach dem verbrecherischen Unrecht der Heraufführung dieser Weltkatastrophe, die wir nicht, vor allem nicht vor 1933, mit allen Kräften verhindert haben, sind wir, die wir mit dem Hitlerstaat nichts Böses taten, viel-leicht selber zu den Verfolgten gehörten, nicht moralisch schuldig, müssen aber politisch mithaften. Haftung ist nicht Schuld. Ertragen der Folgen ist nicht Strafe. Man kann sich nicht auf ein Recht berufen, das sich von etwas ableitet, das durch solchen Krieg unwiderruflich zerstört ist.

Die Würde des vernünftigen Menschen liegt darin, daß er sich ein-gesteht, was geschehen und was getan ist. Die Würdelosigkeit bloßen Lebens liegt darin, einen Strich unter das Vergangene zu machen, zu vergessen und weiterzuleben aus dem bloßen Anspruch gegenwärtigen Daseins. Die Würdelosigkeit steigert sich, wenn die sogenannte Be-wältigung der Vergangenheit in Forderungen an andere endet.

nern, die einen gemeinsamen Boden haben, der nicht Gegenstand von Verhandlungen ist. Die Erörterungen über Freiheit und Wiedervereinigung beziehen sich auf die Gewinnung eines solchen gemeinsamen Bodens in den Verwicklungen der machtpolitischen Realitäten.

2. DAS ZUEINANDERDRÄNGEN DER DEUTSCHEN

Das Leiden an der Trennung, die mitten durch Familien geht, an dem Ausgeschlossensein von der Heimat, daher, wie es heißt, der Drang zueinander ist eine Realität.

Dieser Realität ist zu antworten: Was die Sowjetzone betrifft, würden diese Leiden mit Gewährung politischer Freiheit aufhören. Die Grenze hätte keine Bedeutung mehr. Es bedarf keiner Wiedervereinigung.

Wenn aber die Realität dieser Gefühle mehr enthält, nämlich das alte Motiv »ein Volk, ein Reich« und am Ende auch wieder »ein Führer« und wenn die Wiedervereinigung als erster Schritt gemeint ist, dann allerdings handelt es sich um eine Realität, die durch Einsicht mit der Erhellung der Gefühle aufhebbar ist und in unserer Weltlage aufgehoben werden muß.

Zur Einsicht in den eigenen Willen gehört das historische Bewußtsein. Deutsche drängen heute zur Wiedervereinigung, ohne je an den Bismarckstaat zu denken, ohne vielleicht überhaupt etwas von Bismarcks Werk zu wissen. Aber doch ist die historisch reale Voraussetzung ihrer Gefühle, daß das wiedervereinigt werden soll, was er durch Bismarck eine Einheit geworden war. Was achtzig Jahre Gewohnheit und Selbstverständlichkeit war, gilt als von jeher und in Ewigkeit als Recht und Anspruch.

Doch sagt man: Der Einheitswille ist viel älter als Bismarck. Das ist richtig. Das Bewußtsein des Zueinandergehörens und des Getrenntseins bezieht sich etwa auf die ursprüngliche Gemeinsamkeit, die im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation einmal war. Aber Schweizer und Holländer und die jetzigen Österreicher denken nicht an solche Einheit, der auch sie entstammen. Die spezifische Einheit mit der Hauptstadt Berlin besteht erst seit 1871 und wurde unter lebhaften, geistigen Widerständen errichtet.

Die Herkunft des Einheitswillens ist nicht gleichgültig. Die Gefühle sind nicht absolut. Sie sind der Prüfung bedürftig und zu befragen, welchen Ort und Rang im Ganzen unserer Ziele sie einnehmen sollen. Territoriale Rechte lassen sich historisch nicht begründen. D

zweitens: daß nur durch politische Freiheit auf die Dauer auch die persönliche Freiheit gesichert ist,

drittens: daß das allgemeine Wahlrecht auch die Pflicht zur Politik fordert: wer nicht teilnehmen will, kann in seinem Verzicht persönlich respektiert werden, aber er hat kein Recht zu klagen; denn er haftet mit für die Folgen der Handlungen der Staatsregierung, um die er sich nicht gekümmert hat. Wo sehr viele Bürger die Wahlen ignorieren oder unverantwortlich wählen, ohne ständig ihre politische Urteilskraft zu schulen, ist die Massendemokratie fragwürdig. Aber es ist kein anderer Weg zum Erwerb und zur Bewahrung der politischen Freiheit der Menschen heute aufzeigbar. Es gilt Churchills Wort: Demokratie ist die schlechteste Verfassung mit Ausnahme aller übrigen.

Gründung auf Gewalt

Jeder staatliche Zustand hat bisher in der Geschichte seinen Ursprung in Gewalt, auch die politische Freiheit. England, Amerika, die Schweiz, Holland, altfreie Länder, haben die Form ihrer politischen Freiheit in Bürgerkriegen erworben oder bestätigt. Bismarcks Staatsgründung, nicht auf politische Freiheit, sondern auf möglichst weit ausgreifende deutsche Einheit gerichtet, ist auf »Blut und Eisen« gegründet.

Auch unser jetziger Zustand ist auf Gewalt gegründet. Denn er ist Resultat der Niederlage im Krieg, der unbedingten Kapitulation der Armee und der Vernichtung des deutschen Staats. Es ist die Frage, wie wir dies Resultat hinnehmen müssen und wollen.

Revision des deutschen Geschichtsbildes

In Bismarcks Werk »durch Blut und Eisen« ist im Vergleich zu den Bürgerkriegen der altfreien Staaten ein entscheidender Punkt anders: Es bestand die Alternative: entweder konföderative Einheit politisch freier deutscher Staaten (wie sie ein Teil der Männer der Paulskirche wollte) oder gewaltsame Einheit zwar rechtsstaatlich liberaler, aber politisch unfreier Staaten. Die Mehrheit der Deutschen, fasziniert von dem Ergebnis der Einheit, auch die meisten Bismarckfeinde, die die politische Freiheit begehrt hatten, stimmten der zweiten Lösung zu. Es ist ein denkwürdiger, in unserer deutschen Selbstauffassung immer wieder zu durchleuchtender und zu beurteilender Vorgang.

Die Folge war, daß in dem von Bismarck geschaffenen Staatswerk die politische Führung durch einen vom Monarchen befehligten Beamtenapparat stattfand, nicht durch eine Schicht von Staatsmännern. Daß ein preußischer König in Bismarck einen überragenden Staatsmann wählte, war Ausnahme und Zufall. Bismarck hat das Werk geschaffen,

Daher ist die Lage, daß die gegenwärtigen Zustände zwar auf Gewalt beruhen, aber daß sie, wenn sie ungerecht erscheinen, entweder bleiben oder durch friedliche Vereinbarung geändert werden müssen. Im Unterschied zu allen früheren Zeiten läßt sich eine Veränderung der territorialen Grenzen nicht mehr durch Gewalt erhoffen oder planen.

Der Weltzustand ist in der bestehenden Weltverteilung durch territoriale Grenzen gleichsam geronnen, zwar ist sie durch Gewalt entstanden, kann aber nicht mehr durch Gewalt geändert werden.

Für uns Deutsche bleibt nichts übrig als die territorialen Folgen, die geschehenen Austreibungen und Umsiedlungen, die Spaltung hinzunehmen, wenn wir nicht, nachdem wir seit 1933 Ursache der Weltkatastrophe geworden sind, nun Ursache der Menschheitsvernichtung werden wollen. In der Weltlage heute dürfen wir nicht etwas anstreben, zu dessen Verwirklichung Gewalt erforderlich ist:

Schuld und Haftung

Was uns geschehen ist, das ist kein Strafgericht Moskaus und des Westens. Wenn es so aufgefaßt wurde, dann wurde fälschlich der Sieg zum Richter gemacht. Will man von Strafe reden (»die Weltgeschichte ist das Weltgericht«), was ich verweigere, so würde Gott durch die Werkzeuge der Staaten strafen, die selber seinem Gericht unterstehen.

Aber was geschehen ist, das ist Resultat der Gewalt. Und für den Einsatz dieser letzten Gewalt haftet der Staat, der es tat, und mit ihm haften alle Staatsangehörigen.

In der Massendemokratie heißt die Gesamtheit der Stimmbürger mit Recht der Volkssouverän. Er ist an die Stelle der früheren Monarchen getreten. Entscheidet er, wie 1933 in Deutschland (durch Gemeinschaft der Stimmen von Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Kommunisten) mit Mehrheit gegen die Freiheit, so haften alle, auch die Minorität. Denn daß diese Abstimmung möglich war, hatte den Grund im Alltagsethos, in den zahllosen kleinen Handlungen, in der spielerischen Denkweise der Intellektuellen, in der Weise der Diskussionen und praktischen Entscheidungen. Die Deutschen haben diesen Staat sich errichten lassen, ihm gehorcht und sind haftbar — nach 1933 aber in erster Linie die Generäle, die noch die Macht hatten — für die Handlungen dieses Staats und müssen die Folgen auf sich nehmen.

Grenze der Haftung

Die Anerkennung der Haftung hat die Hinnahme der Teilung Deutschlands zur Folge, auch die der Bevölkerung, die getrennt worden ist.

Rechte, die durch einen staatlichen Tatbestand begründet sind, verschwinden mit dem Dasein dieses Staats.

Aber diese Haftung, die anzuerkennen eine politisch-sittliche Forderung ist, hat eine Grenze. Die Beraubung politischer Freiheit in Ostdeutschland, faktische Annexion durch eine fremde, russische Macht, Trennung des Verkehrs der Deutschen miteinander, eiserner Vorhang sind zwar ebenfalls Folgen des Hitlerkrieges und sind trotzdem weder moralisch noch rechtlich anzuerkennen. Sie sind nicht nur das Resultat früherer Gewalt, sondern ständig wiederholte Gewaltakte. In der Weltlage heute ist zwar auch hier die Änderung durch Gewalt gegen diese Gewaltakte nicht zu verantworten. Wohl aber ist es sittlich-politisch Recht und Pflicht, ständig diese durch nichts zu verlierende Freiheit in der Welt zu verlangen und die Tatsachen ihrer Schändung überall und immer wieder bekannt zu machen.

Wenn Territorialrechte auf einem durch Gewalt geschaffenen Zustand beruhen, so gehören Freiheitsrechte dem Menschen als Menschen. Territorialrechte sind nicht mehr durch einen moralischen Anspruch zu ändern. Freiheitsrechte sind unabänderlich.

Selbstbestimmung in bezug auf territoriale Vereinigung und Grenzziehung stehen unter Bedingung des Willens anderer Mächte. Selbstbestimmung in bezug auf die inneren Zustände und in Hinsicht auf Abschüttelung fremder Herrschaft sind naturrechtlich gegründet.

Die Grenze des Hinnehmens

Diese Grenze ist nicht eine eigentümlich deutsche. Die gesamte freie Welt, in der heute noch die Chancen des Freiwerdens durch Wahrhaftigkeit und Ethos der Menschenwürde in neuen Verwandlungen gegeben sind, muß sich behaupten. Eine Aggression auf den status quo kann nicht hingenommen werden. Das Interesse der Selbstbehauptung der gesamten freien Welt fällt zusammen mit dem deutschen Interesse zum Beispiel in Berlin. Wo die freie Welt im ganzen in Gefahr gerät, da muß der Ernst des Behauptens der Positionen und vertraglichen Rechte unerschütterlich sein bis zu dem Risiko, dem ersten Gewaltakt, der die vorhandenen Rechte der freien Welt verletzt, den status quo ändern will, auch mit Gewalt zu begegnen.

Deutsche Rechtsansprüche

1. Ein Volk, das durch seinen Staat angegriffen, alles Recht verletzt hat und besiegt ist, hat kein Selbstbestimmungsrecht in bezug auf die territorialen Grenzen seines Staats. Was hier Recht sein soll, bestimmt der Sieger. Diese Grundwirklichkeit wird verschleiert. Solche Tat-

wird, ist: die übrige Welt unter Rußland oder die abendländische Konföderation im Bunde mit Rußland?

Weiter kann man spekulieren: Rußland wird sich langsam in sich selbst verwandeln, sich seines europäisch-asiatischen Doppelwesens bewußt werden, im Vergleich zu China sich abendländisch fühlen und sich in dieser seiner Wurzel retten wollen, im Vergleich zum Abendland aber sich asiatisch fühlen und, wenn nicht den Totalitarismus, doch eine Form des Despotismus zu behalten geneigt sein.

In diesem Raum der Möglichkeiten läßt sich vieles ausdenken, was so wenig wie das eben Gesagte schon jetzt Realität besitzt. In diese Wandlungen aber müssen wir für die Zukunft unsere reale Hoffnung setzen.

Das Wesentliche ist, daß unsere ostdeutschen Landsleute die Hoffnung auf Freiheit keineswegs aufgeben müssen. Eine ungeheure Geduld fordert das Schicksal von ihnen. Niemand kann das in diesem Augenblick schon ändern.

Hoffnung allein genügt aber nicht. Passives Warten zermürbt. »Immer daran denken, nie davon reden«, diese Wendung ist Vorbereitung auf Gewalt. Es bleibt jedoch die Aktivität, nachzudenken und vorzubereiten und aus dem Volke heraus der Bundesrepublik in ihrer auswärtigen Politik zu Hilfe zu kommen, die aussichtsreichen Wege zu finden. Es ist nicht gleichgültig, welche Weise politischen Denkens und Sprechens wir öffentlich ausbilden, welches politische Selbstbewußtsein wir verwirklichen. Wir brauchen die wahrhaften, illusionsfreien Vorstellungen, durch die in einer kommenden Situation die Chance eines neuen russischen Willens gefördert, nicht gehemmt wird. Durch sie würde die freie Welt, vermöge des Eindrucks unserer Wahrhaftigkeit, sich für die Erreichung unserer Ziele noch enger uns anzuschließen bereit sein.

Ich bilde mir nicht ein, den Weg zu zeigen, der das heute unmöglich Scheinende möglich macht. Das kann ich so wenig wie irgendeiner der Politiker aller Parteien. Aber diese Erörterungen könnten vielleicht ein wenig beitragen zur Prüfung der politischen Vorstellungen und Willensrichtungen.

1. Selbstbestimmung und Wiedervereinigung

Die Frage ist: Schließt Selbstbestimmung ohne weiteres auch die Freiheit zur Angliederung an andere Staaten und die Freiheit zu Bündnissen ein?

Selbstbestimmung ist ein politisches Menschenrecht. Keine Bevölkerung kann darauf verzichten, ihre Lebensform, ihren Gesellschafts-

zustand selber zu bestimmen. Wiedervereinigung zu einem einmal dagewesenen Territorium ist kein Grundrecht, überhaupt kein Rechtsanspruch. Denn die Folge des durch den früheren deutschen Staat mutwillig angezettelten Kriegs ist die Zerstörung dieser territorialen Einheit.

Noch einmal: Während das Grundrecht eines Volkes auf Freiheit nie verspielt werden kann, kann das Recht auf den Umfang eines nationalen Staats in der Tat verspielt werden.

Wenn in einer kommenden Situation die Freiheit zu gewinnen möglich wäre ohne Wiedervereinigung, so wäre das allein Wesentliche erreicht. Hätte Österreich seine Freiheit gewonnen, wenn es das Recht des Anschlusses an Deutschland durch freie Selbstbestimmung erhoben hätte? Gewiß nicht. Der Anschluß ist ihm verboten, und es ist doch frei.

Die These: erst die Freiheit, dann die Einheit, sagt nicht: statt Einheit die Freiheit, sondern stellt die Rangordnung fest: die politische Freiheit ist eine absolute, die Wiedervereinigung eine relative Forderung. Wiedervereinigung und Freiheit sind nicht Gegensätze, aber voneinander trennbare Ziele. Eines ist ohne das andere zu erreichen möglich: nach russischem Willen Wiedervereinigung ohne Freiheit zu einem kommunistischen Gesamtdeutschland, nach einem vernünftigen deutschen Vorschlag Freiheit ohne Wiedervereinigung. Die Wiedervereinigung ist nicht sinnlos, vielmehr unter gewissen Bedingungen wünschenswert, aber der Freiheit gegenüber gleichgültig. Würde jedoch die Wiedervereinigung aus dem Geist des Nationalismus und des deutschen Machtwillens erfolgen, dann wäre sie sogar ein Unheil.

2. Die Oder-Neiße-Linie

Man kann den Ausdruck brauchen: welcher Preis müßte gezahlt werden für die Freiheit der Ostdeutschen? Der Verzicht auf Wiedervereinigung, der Verzicht auf Rüstung Ostdeutschlands, die Hinnahme einer garantierten Neutralität (analog Österreichs) ist zu ertragen. Der Verzicht auf das Territorium jenseits der Oder-Neiße-Linie ist der einzige wirklich große Preis. Gegen ihn sträuben wir uns. Diese Gebiete sind von Deutschen im Mittelalter mehr durch friedliche Aufbauarbeit als durch Eroberung erworben. Sie sind der Raum vieler deutscher Märchen und Sagen. Ostpreußen und Schlesien waren der Boden einer unvergeßlichen deutschen sittlich-geistigen Welt. Königsberg ist die Stadt Kants. Aber wer über die realen Möglichkeiten nachdenkt, sieht nicht, wie um diesen Preis herumzukommen ist.

Alles freundliche Reden gegenüber Polen ist wie nichts, wenn die

ster Brandt seine staatsmännische Urteilskraft, in Beherrschung der nur allzu begreiflichen, uns allen gemeinsamen Antriebe, damals geistesgegenwärtig dadurch bezeugt, daß er bei jenem Aufstand sofort gegen den bewaffneten Eingriff vom Westen her sprach.

Dieser Verzicht hat aber nur Sinn, wenn ihm der ebenso entschiedene Wille des gesamten Abendlandes entspricht, die bestehenden Positionen der Freiheit, so vor allem West-Berlin, so absolut zuverlässig zu schützen, daß, wenn die Russen oder auf ihren Befehl die ostdeutschen Marionetten dieses Berlin, durch Sperrung der Verkehrswege oder wie auch immer, anzugreifen wagen, sie damit den Weltkrieg auslösen würden. Die Redensart »man kann doch wegen Berlin keinen Weltkrieg riskieren« hätte die Konsequenz, daß das Abendland sich selber aufgibt. Denn im Falle der Preisgabe Berlins würde dieser Wortbruch des Westens seine Verlässlichkeit überhaupt aufheben. Ist das Vertrauen einmal zerstört, dann ist das gesamte Abendland verloren. Der Westen würde Stück für Stück von den Russen sich einverleiben lassen.

4. Unklare Motivationen

Die Möglichkeit der Freiheit Ostdeutschlands kann einmal ernst werden (vielleicht schneller, als man heute denkt). Könnte man dann auf Wiedervereinigung bestehen, wenn der Verzicht auf sie die Voraussetzung wäre, daß Millionen Deutsche frei würden?

Wenn dann auch der Verzicht auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie die Voraussetzung der Freiheit der jetzigen Sowjet-Zone wäre (was mit Gewißheit zu erwarten ist), könnte man wegen der »unabdingbaren Forderung« die Millionen in der schrecklichen, ihr ganzes Leben ergreifenden Unfreiheit lassen?

Man hört die Antwort: Diese Freiheit ist ja ebenso unreal wie die Wiedererwerbung der Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße, daher sei es besser, die Maximalforderung unentwegt festzuhalten. Es sei ein unteilbarer Block von Forderungen, jede einzelne so gerecht und unabdingbar wie die andere. Weichwerden sei so gut wie Landesverrat. Wer verzichte, stelle sich außerhalb des Deutschtums. Er entfremde sich zum mindesten die Deutschen. Real werde die Sache ohnehin nur durch Krieg und Weltkatastrophe. Dafür muß man bereit sein. Alles andere ist Selbsttäuschung.

Wer alt ist, kennt diese Denkweise aus mehrfacher Erfahrung. Er hört den bekannten Ton und sieht die Gebärde, das Drohende und Sture darin. Schon zweimal hat sie die fürchterlichen Folgen gehabt. Ich sehe darin eine verantwortungslose Politik des Trotzes.

Wir müssen uns eingestehen: Nationalstaatliche Ziele gelten noch vielen als absolut und unantastbar. Politische Freiheit jedoch wird von vielen noch gar nicht begriffen. Sie genießen sie als selbstverständlich, ohne zu wissen, was sie ist und was von ihnen verlangt wird, um sie erst wirklich zu erfüllen. Die Massen haben sich bei uns zu nationalem Wahn mit beträchtlicher Opferbereitschaft in einen Taumel hineinreißen lassen. Wir haben noch nicht gesehen, daß sie in hohem Enthusiasmus heller Vernunft zum Opfer für die Freiheit bereit wurden.

Die Forderung der Wiedervereinigung birgt die Zweideutigkeit in sich: Freiheit und Machterweiterung. Freiheit kann ohne Macht nicht bestehen. Die Freiheit Ostdeutschlands würde, wie die des neutralen Österreichs, durch die Macht des gesamten Abendlandes und gemeinsam mit ihm (wenigstens dem dann folgenden Vertrag entsprechend) auch durch Rußland geschützt. Eine Machtvergrößerung Deutschlands aber stößt nicht nur auf den Widerstand Rußlands und Polens, sondern zur Zeit auch noch auf das Mißtrauen der westeuropäischen Staaten. Sie sagen zwar ja zur Wiedervereinigung, aber wohl nur darum, weil sie ihretwegen heute keine realen Sorgen haben; sie kommt ja doch nicht, meinen sie. Im Spiel der Politik scheint sie ihnen törichterweise als kostenlose Leistung solcher Zustimmung an die Deutschen und als eine mögliche Figur für Argumentationen geeignet.

5. Die Wirkung der Forderung der Wiedervereinigung und der Freiheit

Wir müssen fragen: Welche Wirkung hat der Anspruch der Wiedervereinigung, erstens auf die Gegner im totalitären Bereich und auf die Verbündeten im Bereich politischer Freiheit, zweitens auf die Deutschen in der Sowjetzone und auf uns selber?

Für die Zukunft ist es gewiß: unter *friedlichen* Bedingungen ist die Freiheit der Ostdeutschen zunächst nur zu erreichen unter Verzicht auf Wiedervereinigung. Wenn aber einmal, für den Fall einer Änderung der russischen Politik, eine Befreiungschance eintreten sollte, wäre es dann nicht besser, jetzt schon durch Klärung unserer Vorstellungen und Ansprüche die Vorbereitung zu treffen und damit für den künftigen Augenblick den Weg zur Freiheit vielleicht zu erleichtern und zu beschleunigen? Damit wir wenigstens auf keinen Fall durch Bestehen auf dem Unmöglichen das Mögliche verhindern?

In der ruhigen, unablässigen Forderung der Freiheit der Selbstbestimmung, ohne Verknüpfung mit dem Anspruch der Wiedervereinigung, haben wir die Unterstützung durch unsere Verbündeten und der Weltmeinung kräftiger, rückhaltloser, eindeutiger für uns.

An ein Phantom sich zu klammern, das wirklich werde, wenn man es nur laut als »unabdingbar« ständig wiederholt, ist eine Methode, Hoffnungen zu erwecken und zu befestigen, an die man bei klarem Denken selber nicht glauben kann. Statt Wiederholung eines Schlagworts sollte man die Initiative ergreifen zu Wegen, die zwar für den Augenblick ebenfalls keine, wohl aber auf die Dauer reale Hoffnungen erwecken. Die ständige geistige Aktivität, vor der Welt und uns selber allein das politische Menschenrecht der Selbstbestimmung zu fordern, dieses Recht von dem Anspruch auf Wiedervereinigung zu trennen, die Zustände in der Sowjetzone der Welt und den Verbündeten und den Russen immer wieder vor Augen zu halten, das, scheint mir, vereinigt beides: Wahrhaftigkeit und eine Hoffnung, die sich immer von neuem entzündet durch die unablässig neues Material bringende, neue Ausdrucksweisen findende Publizität. Es ist eine Leistung der geistigen Energie des in Realitäten sich bewegenden Denkens. In der Breite der Bevölkerung ist zur Geltung zu bringen nicht nur die anschauliche Kenntnis dessen, was unsere Landsleute im Osten zu erdulden haben, sondern wie alles mit der Frage der politischen Freiheit zusammenhängt und was diese eigentlich sei.

Wenn die ganz unantastbare Forderung der Selbstbestimmung für vergewaltigte Menschen rein und ohne Hintergedanken geduldig und lebendig wiederholt wird, kann eine Hoffnung ohne Selbsttäuschung möglich sein.

Der Kampf in der Öffentlichkeit um die Freiheit der Selbstbestimmung ist sauberer als der um Wiedervereinigung und auf die Dauer aussichtsreicher.

III. DEUTSCHES NATIONALBEWUSSTSEIN UND WIEDERVEREINIGUNG

Ich wiederhole: Was ich vorbringe, halte ich nicht etwa für das einzig Wahre. Ich bitte nur, es zu bedenken und zu prüfen.

Meine Erörterungen stoßen auf den Widerstand eines Nationalgefühls. Es ist in der Tat für unsere innere Verfassung und für unser politisches Denken entscheidend, in welchem Sinne wir uns als Deutsche fühlen.

1. *Verschiedene Weisen des politischen deutschen Nationalbewußtseins*

Die deutschen Österreicher fühlten sich als Deutsche mit deutschem und europäischem Reichsbewußtsein. Dies war von großartiger historischer Herkunft.

Die Schweiz hat ihr eigenes politisches Nationalbewußtsein, das auf Vernunft, Mut, Treue und Glück einer sieben Jahrhunderte dauernden Kontinuität der Freiheit seit dem Mittelalter zurückgeht. Es ist still und stark. Es nennt sich nicht mehr deutsch, da es gegen Österreich sich behaupten und von dem zum Machtstaat gewordenen Kleindeutschland sich seinem eigenen politisch freien Wesen nach als neutraler Staat radikal unterscheiden mußte. Der Name »deutsch« ist also unabsichtlich usurpiert von Kleindeutschland und heute im Sprachgebrauch der Welt so gemeint.

Die Holländer heißen zwar im Englischen noch Dutch, aber den Holländern ist das deutsche Bewußtsein verschwunden, weil ihr ursprünglich deutscher Dialekt zur selbständigen Schriftsprache geworden ist.

In den Freiheitskriegen begann ein politisches Nationalbewußtsein von universal-deutschem, konföderativem Charakter, in dessen Mitte die Idee politischer Freiheit der Staatsformen stand. Es wurde nicht verwirklicht. An seine Stelle trat schließlich ein ganz anderes deutsches Nationalbewußtsein auf Grund der Realität des durch Preußen geeinten Kleindeutschlands. Schon durch die Rebellion Friedrichs des Großen gegen das Reich wurde ein von vornherein nicht universales preußisches Nationalbewußtsein, jetzt durch Aufnahme deutscher Elemente geboren. Dieses preußisch-deutsche Nationalbewußtsein ist ein durch seinen Erfolg für Jahrzehnte bestätigter Anspruch.

Es ist wesentlich, zu wissen, daß unser Selbstbewußtsein nicht nur heute nicht einmütig ist, sondern im Laufe der Jahrhunderte mannigfache, besondere Erfüllungen gehabt hat. Das deutsche Nationalgefühl hat sich nicht immer, aber einmal, in der Periode nationalstaatlichen

anderes politisches Dasein seine ganze Sympathie besaß, sondern das preußisch geeinte Deutschland werde einst, sagte Max Weber, von der Geschichte verantwortlich gemacht werden für die Zukunft des Abendlandes.

Diese politische Aufgabe ist für Max Weber nicht nur groß, sondern zugleich unermesslich schmerzhaft. An einem Abend im Juni 1914 hörte ich einem Gespräch zwischen Max Weber und dem großen Schweizer Juristen Fritz Fleiner über den Staat zu. Es gipfelte in zwei Sätzen. Fleiner: Man muß den Staat lieben! Max Weber: Was, lieben soll man das Ungeheuer auch noch!

Max Webers Leidenschaft galt der Verantwortung eines großen Staates vor der Geschichte. Die Voraussetzung für das Gelingen war der Wandel des Bismarckstaats in seiner politischen Struktur. Webers Zorn galt der politischen Unfähigkeit. Für Demokratie und echten Parlamentarismus (im Gegensatz zum Scheinkonstitutionalismus des Bismarckstaates) setzte er sich ein vor allem aus dem Grunde, daß nur im politischen Kampfe, in der Realität dieses Kämpfens, die staatsmännisch begabten Menschen in Erscheinung treten könnten, sich eine Schicht staatsmännischer Führer bilden würde. Sie allein konnten mit Erfolg an die Stelle der drei politisch unfähigen Mächte treten: des Monarchen und seiner willkürlich zerfahrenen Akte; der von ihm ernannten Beamten, die ihrem Wesen nach, gerade wenn sie gute Beamte sind, nicht entscheidungsfähige, eigenverantwortliche Staatsmänner zu sein vermögen; der damaligen deutschen Parteien, die ohne Ausnahme, da sie nie der eigentlichen Politik der Macht ins Angesicht blickten, ihren Ernst, in dem es um Kopf und Kragen geht, nicht erfuhren und darum ihrerseits nur Bürokraten und Beamte, keine Staatsmänner hervorbringen konnten. Das »System« war es, das er anklagte. Als nun die Demokratie (1918) nicht aus der stolzen Kraft politischen Freiheits- und Verantwortungswillens, sondern aus dem Kollaps erwuchs, war dieser Ursprung sein schwerstes Bedenken gegenüber dieser Gestalt der Demokratie.

Sie hat dann auch in der Tat trotz hervorragender Männer im ganzen versagt, indem sie das Heraufkommen des Nationalsozialismus und dessen totale Herrschaft durch ihre Schwäche ermöglichte mit den Folgen, die heute unser aller Dasein bestimmen. Die Grundlagen für ein deutsch-preußisches Nationalbewußtsein sind dahin. Die historische Besinnung zeigt, daß diese Art des deutschnationalen Staatsbewußtseins eine Episode war. Heute ist im gesamten Abendland der nationalstaat-

liche Gedanke zur größten Gefahr geworden. Die Weltlage verlangt zur Selbstbehauptung des freien Abendlandes andere Ordnungen.

Das nationaldeutsche Bewußtsein politischen Charakters ist aber eine noch immer starke psychologische, zum Massenwahn aufputschbare Realität. Ihm entspricht keine Wirklichkeit. Es ist ein »falsches Bewußtsein« geworden, gegen das — mit Hegels Worten — die Wahrheit mit der Wirklichkeit im Bunde ist, um es zu verwandeln. Es ist eine Realität, die durch Einsicht auf Grund der politischen Selbstbesinnung zu ändern ist. Daß dies gelingt, ist eine Bedingung unserer deutschen Zukunft.

3. *Das unpolitische deutsche Nationalbewußtsein*

Ein unpolitisches deutsches Nationalbewußtsein ist nicht an dieses besondere nationale Staatsbewußtsein, überhaupt nicht absolut an einen Staat gebunden. Es gibt ein Umfassenderes: das andere, größere, tiefere Deutschland ist für den, der daraus lebt, seelisch mächtiger, obgleich in der Leibhaftigkeit ferner als die politischen Realitäten.

Die letzte große Zeit von allgemeindeutschem Charakter war die klassische Zeit des Dichtens und Denkens, in dem die Menschen deutscher Sprache von Kopenhagen bis Zürich, von Riga bis Amsterdam sich begegneten. Dieses eine, einzige große Deutschland ist ein unpolitischer Begriff. Dessen Bewußtsein ist daher selber vorpolitisch oder überpolitisch. Aus ihm sind im Laufe eines Jahrtausends mannigfache politische Bildungen erwachsen. Keine von diesen darf für sich in Anspruch nehmen, das eine Deutschland zu sein. Die historische Vorstellung, daß das zerrissene Deutschland sich mit Sinnotwendigkeit auf den Bismarckstaat Kleindeutschlands hin entwickelt habe, ist eine Fiktion politischer Historiker der Bismarck- und der wilhelminischen Zeit und ihrer Nachfahren bis heute. Die Chancen, die dieser Staat eröffnete, sind verspielt. Wir Deutschen bleiben. Aber die Deutschen sind ein »Volk von Völkern« (Schelling).

4. *Das Recht auf Heimat*

Die Millionen Vertriebenen aus Ostpreußen, Schlesien und den anderen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie sind die schlimmste Tatsache unseres gegenwärtigen deutschen Daseins. Wir vermögen ihrer nicht Herr zu werden. Heimatrecht ist kein völkerrechtlicher Begriff. Aber wir rechnen es zu den Menschenrechten: Bevölkerungen dürfen nicht ausgesiedelt, nicht ihrer Heimat gegen ihren Willen beraubt werden. In unserer Zeit begannen die Zwangsumsiedlungen nach dem ersten Weltkrieg mit der Vertreibung der Griechen von der kleinasiatischen

spenstern der Vergangenheit und Götzen der Gegenwart, ist innerlich die Bewegung im Gange.

Früher haben die europäischen Staaten, zuletzt als Nationalstaaten, gegeneinander im Kampf sich eifrig bemüht um den Vorrang an militärischer Stärke und an diplomatischer Kunst der Überlistung. Jetzt könnte im Wetteifer europäischer Verantwortung für das Schicksal des freien Abendlandes jede der Nationen in Solidarität um den Vorrang an Vernunft kämpfen. Wo Unvernunft auftritt, soll man erst recht versuchen, für den anderen mit vernünftig zu sein. Wenn andere Staaten wieder nationalistische Motive politisch unheilvoll zur Geltung kommen lassen, wollen wir nicht ihnen folgen, sondern geduldig festhalten das Leitbild des Abendlandes, in dem die Nation als solche keine politische, sondern eine lebentragende sprachliche und kulturelle und heimatverbindende Bedeutung hat. In dieser wird sie allein durch den gemeinsamen Willen des Abendlandes und die Stärke seiner Einheit geschützt.

In der Weltlage nach der deutschen Katastrophe zeigt sich überall (außer vielleicht in der absoluten technischen Organisation und Umprägung des Menschen durch totale Herrschaft) eine Verwirrung ohnegleichen. Wir müssen in ihr uns wiederfinden.

Wo liegt das, was ich eigentlich will und wofür ich unter den Bedingungen der faktischen Weltlage lebe? Nicht normiert durch das Faktische, aber in seinem Raum sucht der Wesenswille seine Gestalt, in Anziehung und Abstoßung, sich treffend mit anderen Willen, in der Hoffnung, wenigstens in einem einmütig zu werden: Politisch ist heute die alles entscheidende Wahl die zwischen totaler Herrschaft und Freiheit. Hier allein liegt das unumgängliche Entweder-Oder.

ZUSATZE ZU III

I. WERT DER STAATLICHEN EINHEIT

Unterschätze ich den Wert einer staatlichen Einheit? Wenn mit der Einheit der Gebietsumfang eines Nationalstaats gemeint ist, so bewerte ich sie nach der in der Weltsituation heute sich aufdrängenden Notwendigkeit. Denn die Größe der Einheit, auf die es unter den heutigen Bedingungen ankommt, ist nur noch die Konföderation aller europäischen und abendländischen und freien Staaten. Diese Einheit muß konföderativ sein, denn sonst würde die Freiheit aufhören. Diese Einheit muß so umfangreich und verlässlich wie möglich sein, denn nur dann

können alle ihr Angehörigen sich gegen die Aggression des Totalitären behaupten. Daran gemessen ist der Umfang der Einheit abendländischer Nationalstaaten gleichgültig geworden, so auch die Einheit eines wiedervereinigten Deutschlands, wenn nur Ostdeutschland frei wird.

Wir Deutschen haben noch ein weiteres zu bedenken. Ein größeres wiedervereinigtes Deutschland ist heute noch eine Sorge für die anderen Staaten im Osten und Westen. Die Realität des Hitlerstaates ist in ihrer Erinnerung stärker gegenwärtig als vielleicht in uns. Von einer Bevölkerung, die solchen Staat ermöglicht hat, von einer Armee, die solchem Staat gedient hat, fürchtet man: was einmal möglich war, kann wieder möglich werden.

Ich glaube, daß diese Sorge in der neuen politischen Weltlage mit völlig anderen Machtverhältnissen nicht groß zu sein braucht. Wenn aber das Offizierskorps der Bundeswehr sich auf den nationalstaatlichen Gedanken gründen, die Verwandlung der Bundeswehr in eine neue Nationalarmee geschehen würde, dann könnte allerdings wieder Entsetzliches geschehen. Dies könnte jedoch nur wirklich werden bei allgemeinem Fortbestehen europäischer Nationalarmeen ohne ihre bedingungslose Integration und bei Fortsetzung der für Europa selbstzerstörerischen nationalistischen Politik des Gaulles. Wie großartig haben Adenauer und seine französischen Partner das durch die Europäische Wehrgemeinschaft verhindern wollen, die von Mendès-France begraben wurde! Jedenfalls ist es unausweichlich, daß ein die Zusammenhänge der Stimmungen erfassender Deutscher an solche Sorgen denkt. »Unabdingbar« ist die Freiheit. Die Einheit ist so wenig unabdingbar, daß die Heftigkeit ihrer Forderung als solche schon erschreckend ist. Denn im Einheitswillen als solchem liegt von jeher verborgen der Machtwille, keineswegs zuerst der Freiheitswille. Die Einheit, die als Macht von der politischen Freiheit für ihre Selbstbehauptung notwendig verlangt wird, ist heute allein die Einheit des Abendlandes.

Die Kraft der Forderung politischer Freiheit kann nicht groß genug sein. Der helle Wille zu dieser Freiheit ist, so hoffen wir, unwiderstehlich.

Ein anderer sogenannter »Unwiderstehlicher Drang« Deutscher hat einst in nationalistischen Schlagworten (wie »Volk ohne Raum«, »ein Volk, ein Staat, ein Führer«, »Deutschland erwache, Juda verrecke« und vielen anderen) Deutschland und der Welt die Katastrophe gebracht. Aller solcher »Drang«, vor dem wir uns selber einst nicht zu schützen vermochten, ist zwar durch das Gewicht der tatsächlichen Welt-

lage bei uns an Ketten gelegt, aber nicht ausgelöscht. Ein Rest davon scheint in der verabsolutierten Wiedervereinigungsthese bewahrt.

Ursprüngliches nationales Volksbewußtsein ist keineswegs als solches schon staatliches Bewußtsein. Etwas ganz anderes ist vielmehr das durch einen Staat geprägte sekundäre Nationalbewußtsein, das als Zusammengehörigkeitsgefühl noch eine Weile bleibt, wenn der Staat verschwunden ist.

2. VERGLEICH ÖSTERREICHS UND EINES MÖGLICHEN KÜNFTIGEN OSTDEUTSCHLANDS

Wenn, für den Fall der Errichtung eines deutschen Oststaats durch freie Selbstbestimmung, an Österreich als Vergleich gedacht wird, so ist doch ein großer Unterschied. Das Moment des nationalen Bewußtseins trägt, ohne selber staatlich sein zu müssen, doch auch den Staat. Das ist in Österreich fühlbar. Man sagt: Österreich hat historischen Boden. Seine Wiederherstellung, getrennt von der Bundesrepublik und den Ostdeutschen, erneuert das Leben einer Bevölkerung, die jetzt fortbesteht von einem einst großen Reiche her. Diese deutsche Bevölkerung wurde seit Jahrhunderten langsam von den anderen Deutschen staatlich getrennt, nach dem ersten Weltkrieg auch von den osteuropäischen Völkern, die zu dem großen Reich gehört hatten. Ostdeutschland dagegen habe keine eigene Erinnerung außer der mit der Bundesrepublik gemeinsamen an Preußen-Deutschland. Das ist nicht richtig. Vielmehr hat Ostdeutschland seinen eigenen historischen Boden. Es ist die Welt Brandenburgs und Sachsens, und übergreifend die Preußens und Berlins. Es hat seine eigene Geschichte. Heute ist es reduziert auf seinen kleinen Umfang wie Österreich. Preußen-Deutschland und seinen Maßstab gibt es als Recht so wenig mehr wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Wohl aber gibt es die Erinnerung an den hellen preußischen Geist, die verlässliche Dienstleistung, die Härte, die Unbefangenheit; und an die Welt Sachsens, voll großer geistiger und religiöser Überlieferung. Es ist die Welt, die in Lessings Minna von Barnhelm noch heute unvergeßlich anspricht. Preußen als militärischer Staatsgeist ist verschwunden. Preußen als Ethos, das im überdeutschen, weltgültigen Philosophieren Kants seinen überhöhten Ausdruck gefunden hat, und Preußen als die Kraft übernationalen Denkens, wie es in Humboldt und den großen Geistern der klassischen Zeit, die in Berlin sich trafen, sichtbar ist, und Preußen als Berlin, in dem die illusionslosen, tätig tüchtigen, zuverlässigen Menschen mit ihrem großarti-

gen Humor leben, all das ist eigene Substanz und ein Grund des Staates, wenn er einst durch Selbstbestimmung wieder Wirklichkeit gewönne.

3. BEISPIELE FÜR DAS VERHÄNGNIS DES VORRANGS NATIONALPOLITISCHEN DENKENS

Wenn wir den Nationalstaatsgedanken als politisches Prinzip verwerfen (damit zugleich aber das unpolitische nationale Bewußtsein existentiell als unerläßlichen Boden festhalten), dann dürfen wir der Klarheit wegen nicht zögern, über Handlungen nationalstaatlicher Motivation nach 1933 jetzt im Rückblick konsequent so zu urteilen, wie es einige Deutsche schon damals gleichzeitig taten.

Diese Urteile beziehen sich auf Gefühle, Handlungen, Wertschätzungen, die, ihrerseits als solche sittlich unantastbar, von hervorragenden Persönlichkeiten vertreten wurden. Für um so notwendiger halte ich es, sich einzugestehen, was als Sinn darin liegt, und zu prüfen, ob wir diesen Sinn heute für uns festhalten wollen. Wir sollen wenigstens durchdenken, was hart, ja, für manchen absurd erscheint.

a) 1935 wurde im Saargebiet unter neutraler Kontrolle wirklich frei, ohne Vergewaltigung durch Hitler, abgestimmt. Es war ein einziger Augenblick, in dem wir den Atem anhielten. Deutsche konnten zeigen, daß sie radikal das Hitlerregime ablehnten, in das Deutschland mit schrecklichem Enthusiasmus hineingestolpert war. Nun, als es sein Wesen, das Prinzip der Zerstörung von allem, was uns Deutschen und Abendländern das Leben lebenswert macht, auch den Blindesten offenbart hatte, und als es nicht mehr von innen abzuschütteln war (das Offizierskorps hatte die Aufrüstung aus Hitlers Hand entgegengenommen, statt das Regime zu stürzen, was nach 1933 nur der Armee möglich war), war der Augenblick da, an dem die Deutschen vor sich selbst und vor der Welt und der Geschichte nach dem einmaligen Überspieltsein durch die dumme Teuflichkeit des Nationalsozialismus sich hätten rehabilitieren können. Die Abstimmung der Saarländer war eine deutsche Chance ersten Ranges. Sie hätten bekundet, daß sie der Freiheit wegen lieber einem freien Frankreich als Staat angehören wollten (um im Bereich dieser Freiheit ihre nationale Kultur zu pflegen), als teilzunehmen an dem Gang des deutschen Verderbens. Der Augenblick wurde nicht genutzt. Der nationalstaatliche Gedanke war so stark, daß auch Menschen, die das Hitlerregime haßten, lieber dem deutschen, seit Bismarck bestehenden Staat angehören wollten, was auch immer Deutsch-

lands Regierung tun werde, ob nationalsozialistisch oder kommunistisch-totalitär, bis in Schuld und Verbrechen. Die national-staatliche Idee hatte den absoluten Vorrang. Zur Vermeidung von Mißverstehen ist zweierlei zu bemerken:

Wenn die Majorität die Freiheit selber zerstört und dem Rechtlosen seinen Lauf läßt, so ist sie keine demokratische Majorität. Demokratisch ist, sich jeder Majorität zu fügen, außer der, die für die Zukunft die Möglichkeit freier Abstimmung und den Kampf für eine andere Entscheidung vernichtet. Wer sich dem nicht fügt, sondern, ohnmächtig zwar, sich auf sich selbst zurückzieht, bewahrt die demokratische Idee.

Die spätere Abstimmung des Saarlands für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik hat einen völlig anderen Sinn. In einer freien Welt, in der Frankreich gegen sein eigenes Machtinteresse der Abstimmung des Saarlandes über seine Staatsangehörigkeit Raum gab, konnte das Saarland seine Rückkehr zu einem freien Staat beschließen, dessen Bevölkerung, Sprache und Kultur die eigene war. Das war ein Ereignis, das den Saarländern den ihnen gemäßen Lebensraum statt des französischen gab. Es war für die Geschichte im ganzen nicht wichtig, sondern nur ein echtes Symptom westlicher Freiheit, während die Saarabstimmung 1935 eine geschichtlich wesentliche Bedeutung hatte als ein weiterer Faktor für den Gang in den Abgrund. Nicht auszudenken, was damals in Deutschland bei einer anderen Saarabstimmung geschehen wäre!

b) Im Kriege hörte man von trefflichen Menschen, Offizieren und Soldaten, immer wieder das Wort: erst siegen, dann mit Hitler fertig werden! Die Antwort (wenn es verlässliche Freunde waren) blieb die gleiche: Hitler wird euch nach einem Siege nach Hause schicken. Ihr werdet mit der Begeisterung von Siegern heimkehren. Er aber behält nur die SS und wir euch alle zu Sklaven machen, als Rasse züchten, die Untauglichen töten, eure Städte zerstören und durch gigantische Sklavenarbeit in Szenerien für Aufmärsche verwandeln und den nächsten Krieg vorbereiten, mit dem er die Erde erobern will. Das wurde nicht vergegenwärtigt und nicht geglaubt. Der nationale Staatsgedanke hatte den Vorrang.

c) Unter den Widerstandskämpfern gab es die überpolitisch gegründeten, zweckfrei ohne Gewißheit, ja manchmal ohne Glauben an Erfolg sich opfernden Deutschen. Sie sahen in dem unter der Lenkung von Verbrechern verzweiflungsvollen Geschehen keinen anderen Weg. Sie sind eine nicht kleine Zahl von Märtyrern. Aus jener Zeit der Nieder-

tracht sind sie die einzige Erinnerung von Größe. Ihr Wagnis, nicht nur ihres Lebens, sondern daß sie als Hochverräter und Landesverräter vor der Menge der Deutschen, vielleicht der meisten gelten würden, ihr Mut im Sterben, ihre sittlich-fromme Gesinnung strahlen aus den Jahren totaler Nichtswürdigkeit zu uns, erheben den Anspruch an den Ernst der Überlebenden und ermutigen.

Hier nun spreche ich nicht von ihrer Größe, sondern von dem nationalstaatlichen Prinzip, das viele, nicht alle, von ihnen als selbstverständlich voraussetzen. Soweit es sie beherrschte, brachte es sie um die Möglichkeit, rückhaltlos das Nichts zu übernehmen, in das der Nationalsozialismus Deutschlands Staatlichkeit geführt hatte. Sie realisierten nicht, daß der deutsche NS-Staat, der schon elf Jahre unter der Mitwirkung der Mehrzahl der Deutschen sich verwirklicht hatte, entsprechend seinem totalitären Charakter total besiegt und ausgelöscht werden mußte. Was eine ganze Welt, angegriffen von diesem Staat, mit Einsatz aller Kräfte unter gewaltigen Opfern endlich erreichte, dem glaubten sie durch Attentat, Militärdiktatur und Gründung eines deutschen Staats aus nationaler Überlieferung im letzten Augenblick durch einen deutschen Akt zuvorkommen zu können. Was 1933, 1934, 1938, 1940 möglich gewesen wäre, das kam 1944 zu spät.

Politisch hatten Widerstandskämpfer mehrfache Antriebe. Anfänglich zum Teil enthusiastische Nationalsozialisten, zum Teil Offiziere, die im Willen zu Deutschlands Macht die Aufrüstung aus Hitlers Händen, dessen Wesen längst sichtbar war, entgegengenommen hatten, sahen sie das von ihnen unter ganz anderen irrigen Voraussetzungen blind Begonnene unter dem Hitlerkommando und seiner Apparatur unentrinnbar in Deutschlands Ruin und Verbrechen endigen.

Sie wandten sich an den Westen, glaubten sich mit ihm solidarisch gegen beide totalitäre Regime, das russische und das deutsche. Sie meinten, mit dem Westen gegen den sie alle bedrohenden östlichen Totalitarismus zu stehen, der im Herrschaftsprinzip nichts anderes war als der nationalsozialistische Totalitarismus. Aber sie fanden kein Verständnis. Denn die Westmächte sahen bei ihrem von Hitler erzwungenen Bunde mit Rußland doch in den Russen im abendländischen Sinn zuverlässige Bundesgenossen und schon eine Wandlung des russischen Kommunismus. Sie sahen nicht, sich selber verblendend, das überall gleiche totalitäre Prinzip.

Die Widerstandskämpfer glaubten ein anderes Deutschland zu vertreten und als solche Vertrauen zu verdienen. So waren sie erstaunt und

niedergeschlagen vor der Forderung der bedingungslosen Kapitulation, und vor der Unmöglichkeit, die Westalliierten von Rußland zu trennen.

Ihre Lage war verzweifelt. Ganz auf sich zurückgeworfen, galten sie als Landesverräter gegenüber dem Hitler-Staat, für den fast das ganze Deutschland kämpfte, waren sie aber Deutsche dieses Hitlerstaates gegenüber dem Westen. Ihre Hand griff vergebens nach einer Hand, die sich ihnen von dorthin entgegengestreckt hätte. Sie wollten Verhandlungspartner sein, vertraten aber dem Westen gegenüber nichts. In heroischer Einsamkeit mußten sie leben und sterben.

Sie dachten und handelten, als ob der frühere deutsche Nationalstaat noch bestehe und Geltung beanspruchen dürfe. Statt das über den Hitlerstaat, der elf Jahre der deutsche Staat gewesen war, hereinbrechende Verhängnis anzunehmen, wollten sie eine nicht mehr bestehende Staatlichkeit, die sie in sich verkörpert fühlten, retten. So begehrten sie Zusagen von den Westmächten und verwarfen die bedingungslose Kapitulation. Aber in der durch den Hitlerstaat herbeigeführten Situation konnte es von seiten der Westmächte, solange der totale Krieg seinen Fortgang nahm, keine Zusagen geben, mit denen sie zudem den russischen Bundesgenossen verraten hätten.

Seitens der überlebenden Deutschen aber konnte es kein Verlangen nach Zusagen, sondern nur das Vertrauen geben auf die freiheitlichen und menschlichen Prinzipien der westlichen Völker und ihre Gnade (das in der Tat nicht getäuscht worden ist). Was staatlich war, das war in zwölf Jahren bis auf die Wurzeln abgeschnitten. Nur als »radikaler« neuer Anfang konnte aus diesen Wurzeln eine neue Staatlichkeit erwachsen, unter Anerkennung des Abbruchs der deutschen staatlichen Überlieferung, unter der Idee allein der Freiheit.

In jenen Gesinnungen des späten Rettenwollens lag die in diesem Horizont verlässliche Art. Durch die Isolierung auf den nationalen Gedanken täuschte sie sich. Jene Menschen, die entschlossen die Abkehr fanden von dem, was sie selber mit hervorgebracht hatten, verehren wir. Jetzt aber ist es unsere Schicksalsfrage, ob wir unterscheiden: die menschliche Größe und die politische Irrung der Mehrzahl jener Widerstandskämpfer. Das heißt, ob wir dem nationalstaatlichen Gedanken endgültig seinen Vorrang nehmen, ja ihn als politisches Prinzip ausschalten wollen. Was früher Nation war, das ist in der heutigen Weltlage einerseits ins Unpolitische gerückt und hat hier seine alte und neue Stärke, andererseits ist es politisch zu dem umfassenden Begriff der Gemeinschaft aller abendländischen, politisch freien Völker geworden.

steht, auf Kosten seiner Träger und der Welt durch eine neue Katastrophe an den Tag gebracht würde.

Die gewaltige wirtschaftliche und die beginnende militärische Kraft der Bundesrepublik — nach der Situation von 1945 wie ein Wunder — kann von neuem zu dem Irrtum führen, Wirtschaft und Armee bestimmten die Wahrheit der Geschichte. Aber sie sind nur Mittel und bedürfen der Führung durch die Idee der Freiheit.

Die führungslose Gewalt der Mittel stürzt in den Abgrund. Daß aus dem Abgrund Erhebung stattfindet, wurde und wird als selbstverständlich angesehen. Darum greift man im Wahn zu der Macht, um Unmögliches zu erzwingen, in der Erwartung, daß Deutschland ewig bleibt im Wechsel von Untergang und Wiederherstellung. Jetzt gilt das keinesfalls mehr. Ein nochmaliger Untergang wäre der endgültige.

Schon sehen wir die alten blinden Kräfte wieder, die »mehr und mehr und mehr wollen« (wie Adenauer warnend und beschwörend sagte). Sie werden heute stärker im Stolz auf deutsche Tüchtigkeit (etwa: als Exportland steht die Bundesrepublik an zweiter Stelle, vor ihr Amerika, kurz nach ihr England) und uneingestanden vielleicht schon im Stolz auf die entstehende deutsche Wehrmacht. Als ersten Schritt fassen sie ins Auge die Wiedervereinigung.

Die Macht der Widervernünftigen wächst mit der Energie der Wirtschaft und der Stärke der Armee. Sie wird übermütig. Aber Wirtschaftskraft und Militärkraft sind, in aller Tüchtigkeit, wie die Erfahrung den immer wieder Erstaunten seit einem Jahrhundert lehrt, im ganzen und damit politisch blind.

Aber die Deutschen? Die sie nicht kennen, nennen sie auf Grund der jüngsten Geschichte ein undurchsichtiges Volk, ruinös für sich und die anderen. Fast alles ist im einzelnen, was man dafür an Tatsachen angibt, richtig. Aber ich habe immer daraufhin gelebt, daß ich es im ganzen nicht glaube.

Gundolf sagte, drei Völker trügen durch die Tiefe ihres Glaubens, Denkens und Dichtens das Abendland: Griechen, Juden und Deutsche. Ich wage es nicht, für uns Deutsche so hoch zu greifen. Wir haben keinen Jeremias, keinen Jesus, keinen Spinoza, keinen Shakespeare, keinen Dante. Wohl haben wir Lessing, Goethe, Kant, aber auch die geniale Brüchigkeit und Verführungskraft des dann folgenden deutschen Idealismus und der Romantik. Zweideutig ist die geistige Welt unserer Größe.

Was in der Reihe derer sichtbar ist, die in ihrer reinen, menschlich

unantastbaren, sachlich wahren Größe vor uns stehen, das lebt aus gleicher Quelle in der Bevölkerung zerstreut, die schlichte Anständigkeit, die Kraft der Wahrhaftigkeit, die schaffende und die verstehende Geistigkeit, die ohne Täuschung in das Ewige träumende Phantasie. Ob dieses standhält, sich auf sich selbst besinnt, sich vorwagt und sich zusammenschließt in der unorganisierbaren, aber verlässlichen Gemeinschaft der Vernünftigen und jene zweideutige Größe und Verführbarkeit durchschaut, das wird Deutschlands Schicksal entscheiden.

Heute wird politisch dieses eine entscheidend werden: Bei uns ist das nationale Staatsbewußtsein zum entsetzlicheren Unheil geworden als irgendwo in der Geschichte. Wir sind mehr als andere durch Erfahrung vorbereitet, den radikalen Schritt zu tun vom nationalen Staatsbewußtsein zum Staatsbewußtsein unter der Idee menschlicher Freiheit.

Dieser Schritt ist für die Welt, nicht nur für unser eigenes Heil von Bedeutung. Denn in der Welt feiert der nationale Staatswille neue unheilvolle Triumphe. In Europa hindert der staatliche Nationalstolz den wirksamen und zuverlässigen Zusammenschluß zur gemeinsamen Selbstbehauptung der Freiheit. Denn die Einheit des Abendlandes setzt den Verzicht auf die Souveränität der Nationalstaaten voraus. Wenn de Gaulle die schönen und unklaren Wendungen findet wie »Europa der Vaterländer«, so verbirgt er den sonst von ihm rückhaltlos ausgesprochenen französischen staatlichen Nationalstolz. Die Wendung klingt zwar wahr: denn natürlich ist Europa die Einheit der in ihrer großartigen Mannigfaltigkeit erscheinenden, sich suchenden und gegenseitig Leben gebenden Völker; aber falsch ist geworden die staatliche Souveränität der Nationen, die de Gaulle meint.

So ist es überall und am maßlosesten in den vom Kolonialismus befreiten Völkern. Wir wissen, was die Folge ist. Die Tatsache des auf der ganzen Erde blühenden gegenwärtigen Nationalismus ist kein Grund, ihn mitzumachen. Die Kraft des Geistes und die Wirklichkeit der eigenen Staatsentwicklung sollen vielmehr bezeugen, daß er keineswegs notwendig ist. Notwendig aber ist die in den Herzen einer Bevölkerung lebende und praktizierte Staatsverfassung unter den Ideen der politischen Freiheit und der auf die Dauer nur durch sie geschützten persönlichen Freiheit der Lebensform im Rechtsstaat.

Nicht Rückkehr vom Nationalstaat zum Weltbürgertum, sondern Fortgang zur Verwirklichung der Freiheit im Gesamtleben konföderierter Staaten ist die Aufgabe. Denn nur innerlich freie Staaten kön-

2. WIE DIE AUFGABE DER GRÜNDUNG EINES NEUEN STAATES 1945 AUSSAH

Die Situation der Deutschen 1945 war die vor dem Nichts. Es gab keinen deutschen Staat mehr. Die überlebende Bevölkerung wurde von den Besatzungsarmeen der Sieger verwaltet. Alles schien möglich, endgültige Vernichtung und einzigartige Wiedergeburt: Auf Grund der unerhörten Erfahrungen mit sich selber konnten die Deutschen eine der Ungeheuerlichkeit der Umwälzungen entsprechende tiefe Wandlung vollziehen. In dem Nichts der Gegenwart konnte der Ursprung aus tausendjähriger Herkunft zur Geltung kommen. Die schöpferische Freiheit konnte aufbrechen.

Leicht kann man diese Stimmung von 1945 ironisieren. Damit hat man vorläufig recht behalten. Aber diese Ironie entspringt aus der Verachtung des Menschen und seiner selbst, mit dem Schein eines politischen Realismus, der sich als bodenlos erweist.

Politisch sah die Herrschaft der Siegermächte unabänderlich aus. Eine totale Vernichtung erfolgte nicht, weil die westlichen Alliierten an Freiheit und Menschenrechte glauben. Die Amerikaner waren von vornherein zu unerwarteter, in der Geschichte noch nicht dagewesener großmütiger und wirksamer Hilfe bereit.

Man sprach von Umerziehung. Wir wußten, daß ein Volk sich nur selbst erziehen kann. Unser politisches Denken mußte in der Praxis durch unsere eigene Kraft des Geistes und der Seele wachsen. Dazu mußte uns der Raum und die Zeit gegeben werden.

Einem Amerikaner, der mich um meine Meinung fragte über den Plan, Länderparlamente zu schaffen, sagte ich unter anderem etwa: Sie sollten nicht Menschen, die politisch Kinder oder politisch verdorben sind, gleich so große Aufgaben stellen. Selbsterziehung in der Politik muß schrittweise vor sich gehen. Hier in Heidelberg sehen Sie z. B., wie gerade die Bauern empört sind, daß die Kartoffelpreise zu niedrig sind (sie bekamen 3 Mark für den Zentner), die Städter empört, daß sie zu hoch sind (sie zahlen 12 Mark für den Zentner). Beide müßten etwas tun, sich zusammensetzen, beraten und unternehmen, was die Sache in Ordnung bringen kann. Aber alles wartet auf den Staat. Den gibt es jetzt nicht. Die offiziell noch nicht wieder existierende sozialdemokratische Partei bietet sich an, die Funktion des Staats zu übernehmen. Politisches Verhalten aber bedeutet nicht, von der Obrigkeit die Dinge zu erwarten, sondern eigene Aktivität. Diese kann in der Praxis der Gemeindeverwaltung geübt werden an konkreten Aufgaben, noch ohne Parteien. Sie sollten zuerst die Gemeindefreiheit herstellen,

und langsam die Freiheiten und Verantwortungen der Deutschen vermehren, bis sie, vielleicht nach zehn Jahren, die volle demokratische Freiheit dem deutschen Staatswesen im ganzen zuerkennen. Die faktische Verantwortung der Staatsführung liegt ja doch bei den Besatzungsbehörden. Diese sollen sie auch wirklich übernehmen und erst langsam begrenzen. Dann könnte sich in praktischer Arbeit ein politischer Geist bilden. Neue Gruppen würden entstehen und nach einiger Zeit Parteien. Die durch die Ereignisse gereifte Jugend würde ein stärkeres Gewicht bekommen. Etwas Ursprüngliches könnte wachsen. So wie Sie es machen wollen, geschieht etwas anderes: Wieder zur Geltung kommen die alten Parteien und die überlebenden Politiker, die in dem noch gar nicht politisch erzogenen Parteidenken der Weimarer Zeit ihren Boden haben und in der Denkungsart nur wiederholen, was war. Jetzt wollen Sie uns mit Freiheit überschütten und werden damit vielleicht die Keime der Freiheit bei uns ersticken.

Der Amerikaner antwortete: Sie haben wahrscheinlich recht. Aber den Weg, den Sie angeben, können wir nicht beschreiten. Unser amerikanisches Volk würde solche Verwaltungsweise trotz ihres Ziels als koloniale Regierung ansehen, und diese widerspricht seinen Grundsätzen. Und außerdem würden wir den Russen ein böses Beispiel geben. Denn sie würden daraufhin in ihrer Zone ebenfalls selber regieren und das kommunistische Wirtschafts- und Sozialsystem durchführen.

3. DIE FAKTISCHE ENTSTEHUNG DES NEUEN STAATS

Die Amerikaner waren gewillt, die Verantwortung für die äußere Sicherheit und für die Abwehr von revolutionären Gefahren aus der Bevölkerung zu übernehmen. Die amerikanische Besatzungsbehörde wollte sich aber von der Verantwortung für die Verwaltung der Deutschen entlasten, im Glauben an die Demokratie als Apparatur, die funktioniert, wenn man sie nur einrichtet. Die Folge war: Den Deutschen, denen die Freiheit geschenkt wurde, wurde keine Diktatur aufgezwungen, aber unter dem Namen der Freiheit die Herrschaft politisch diskreditierter Parteiorganisationen und ihrer alten Parlamentarier. Die durch das Schicksal kompromittierten Politiker der Weimarer Zeit konnten nun wieder mit dem geistig heute so arm gewordenen Parteiwesen das politische Treiben fortsetzen, wohlbehütet durch die Amerikaner, solange es die Weltsituation gestattet.

Das Volk hatte keine Zeit, sich selber politisch zu erziehen, blieb

4. PAPIERENE UND LEBENDE VERFASSUNG

Papierene Verfassung ist die mechanisch verwendete Grundlage von Rechtsentscheidungen. Im politischen Leben wird sie ein Instrument für die Operationen der Politiker, ein kostbares, weil die Befolgung von Recht verlangendes Werkzeug. Als solche hat es sich bei beschränkten Ansprüchen eines unter dem Schutz Amerikas lebenden Staates bewährt.

Sie wird im faktischen Wandel nur gleichsam lebendig, wenn sie durch verfassungsgemäßen Beschluß abgeändert oder durch Zusätze vermehrt wird.

Aber das Grundgesetz ist noch nicht die eigentlich lebende Verfassung, das heißt nicht die in den Herzen des Volkes lebende, als Bedingung allen politischen Daseins erfahrene und erkannte Verfassung. Sie müßte es werden, wenn dieser deutsche Staat aus sich heraus Kraft, Dauer und Zukunft gewinnen soll. Sonst bleibt die Bundesrepublik trotz aller wirtschaftlichen Erfolge und trotz aller praktischen Tüchtigkeit in zweckhaften Dingen nur Objekt und Material der Politik der großen Mächte in Ost und West.

Erst wenn das Grundgesetz lebendige Verfassung ist, stellt sich der Staat mit ihr auf sich selbst. Durch seine Verfassung schafft er den unantastbaren, jedem Bürger bewußten Bezugspunkt für den Rechtszustand und das politische Handeln.

Die sittlich-politische Grundlage der Staatsgemeinschaft kann heute weder der christliche Glaube, noch eine Art des Marxismus, noch irgendeine Weltanschauung sein, sondern nur das, was alle Staatsbürger gemeinsam bejahen können, die politische Freiheit als Idee, durch die die Daseinsgrundlagen behauptet werden, auf denen dann die Freiheit der einzelnen Menschen in ihrer Mannigfaltigkeit der Glaubensweisen und Lebensformen, der geistigen Kämpfe und der Selbsterziehung gedeihen kann. Leugnet man diese Möglichkeit, dann bleibt keine Hoffnung für politische Freiheit.

Der Sinn der Bürger für die Unantastbarkeit der Verfassung ist das Fundament des politischen Daseins und der möglichen Sicherheit. Es ist der einzig schützende Hort der Freiheit.

5. DIE AUFGABE IN DER GEGENWÄRTIGEN LAGE

Die Bundesrepublik ist entstanden aus dem Nichts dank dem Willen der bis heute schützenden Westmächte, kraft der Tüchtigkeit des arbeitenden Volkes, der Klugheit der Wirtschafts- und Finanzpolitik von

Sachkundigen. Sie hat eine Weltgeltung dank der Außenpolitik Adenauers. Was 1945 und noch 1949 unmöglich schien, ist infolge günstiger Umstände wirklich geworden. Und doch hat der neue Staat etwas Unheimliches, Ungewisses in sich. Das Wirtschaftswunder verschleiert die Grundfragen. Trotz allen Glanzes fühlt man sich wie auf einem Sumpfe gehend. Die Bundesrepublik hat sich noch zu bewähren, ja, als Staat sich eigentlich erst hervorzubringen.

Der Geist dieses Staates, schlummernd in deutscher Seele, muß noch geboren werden. Es ist die Schicksalsfrage, ob nach der Notlösung eines nur formell gegründeten Staates eine substantielle Erneuerung dieses Staates möglich ist.

Was sich 1945 als Traum erwiesen hat, weil die Amerikaner die Deutschen den Weg politischer Selbsterziehung nicht gehen ließen, soll das nicht nachträglich, nun die Not überwunden ist, möglich sein? Ist durch die formale Einrichtung der parlamentarischen Demokratie nicht ein freier Raum geschaffen? Ist nicht die Chance da, um aus der Wurzel des Volkes die Gesinnung politischer Freiheit hervorzurufen und wachsen zu lassen?

Der Staat wird eigenständig und bleibt nicht provisorisch. Das Festhalten aber an einem politischen Deutschland-Gedanken, der der Vergangenheit angehört und heute eine Illusion ist, scheint mir infolge seiner politischen Unwahrhaftigkeit das große Unheil zu sein für Deutschland selber und für das Abendland.

6. DIE FRAGE DER NEUFORMUNG DER VERFASSUNG

Die Konsequenz unserer Überlegungen ist: Was als Grundgesetz 1948 unter den damaligen Bedingungen hingestellt werden mußte (es gab nach dem Willen der Besatzungsmächte keinen anderen Weg), ist heute in der Gesamthaltung untauglich geworden. Aus dem Grundgesetz sollten die Zweideutigkeiten seiner Herkunft herausgelöst werden.

Als substantielle Voraussetzung galt das deutsche Einheitsbewußtsein, nicht der Wille zu der großen Aufgabe, ein Staatswesen innerpolitischer Freiheit mit demokratisch lebenden, urteilenden, erzogenen Menschen zu schaffen.

Der pseudodemokratische Wille, nicht beschwingt durch die große demokratische Idee, beschränkt sich darauf, ein aus überlieferten Prinzipien zusammengefügt, der kontrollierenden Beurteilung der Besatzungsmächte unterliegendes Grundgesetz wie eine Gemeinschafts-

arbeit in einem staatswissenschaftlichen Seminar zu verfassen. Die Präambel sagt: »Hat das deutsche Volk . . . dies Grundgesetz beschlossen«, — nein, das deutsche Volk war gar nicht dabei und kennt es bis heute nicht.

Die Herausarbeitung unseres selbständigen Staatsbewußtseins setzt voraus, daß wir uns eingestehen und stets gegenwärtig haben: unsere Existenz als freier Staat ist gesichert durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik und in Berlin. Wir müssen wissen: Ziehen die Amerikaner ab, so sind wir wahrscheinlich verloren, nicht im gleichen Augenblick, aber auf die Dauer. Schon im Winter 1945 sagte ein hellsichtiger Mann zu Amerikanern: »Was werden wir tun, was wird geschehen, wenn Sie auf Ihre Schiffe gehen?« Seitdem ist mir immer klarer geworden: Arbeiten wir bedingungslos mit dem gesamten Abendland unter faktischer amerikanischer Hegemonie zusammen, so können wir unsere innenpolitische Freiheit und die einzig mögliche relative Sicherheit in dieser Weltlage gewinnen. Die Einschränkung unserer Souveränität ist Bedingung unserer Fortdauer. Sie allein schützt uns gegen Rußland und gegen jene Mächte in uns, die im Hitlerstaat ausbrachen.

Souveränität im alten Sinne besitzen heute nur Amerika, Rußland und China. Alle anderen Staaten werden als souverän behandelt. Sie selbst behaupten, es zu sein. Im Namen der Souveränität machen sie ihre politischen Torheiten. Ein Akt der eigenen politischen Größe ist es, dies zu durchschauen. Aller durch die alte Souveränität ermöglichte Übermut fällt dahin. Eine neue Weise der Souveränität ist heute die wahre: die bescheidene, tapfere, verantwortliche Mitarbeit an der Vernunft in der Welt, und dies auf dem Boden der der Bundesrepublik faktisch freigegebenen politischen Strukturierung des eigenen Staates und der Entwicklung des politischen Bewußtseins im eigenen Volk.

Von anderen Punkten, die bei einer Neuschöpfung des Grundgesetzes aus der politischen Arbeit des gesamten Volkes in Betracht kommen, nenne ich nur:

Die Klarheit über die entscheidende Rolle der dem Volke sichtbaren staatsmännischen Persönlichkeiten, besonders in bezug auf die Rolle des Bundespräsidenten.

Hierzu einige allgemeine Bemerkungen: Parteien, die nach der Zugkraft von Personen bei den Wahlen fragen, die daher widerwillig eine Persönlichkeit zulassen, mit Abneigung gegen sie und mit der Zuneigung zum Typus des unpersönlichen Funktionärs, dürfen nicht die

lebendig werden dort, wo alle wesentlichen Entscheidungen ihren Ursprung haben. Es enthüllen sich die Grundantriebe. Die gegenwärtigen Deutschen werden sich offenbaren im geistigen Kampf. Die großen Ziele werden gezeigt, die Phantome entzaubert werden.

Ich träume weiter: die Parteien werden sich wandeln aus Organisationen allein des Kampfes um die Macht, mit rücksichtslosen Manipulationen des Stimmenfangs, zu Mitteln der politischen Erziehung. Denn mit der im Volke wachsenden Wahrheit werden die Propagandamittel durchschaut. Die Parteien sehen im Blick auf die Wahlstimmen die Zugkraft fragwürdiger Versprechungen schwinden. Sie müssen der Vernunft genügen, die schließlich auch die meisten Stimmen bringt.

Der Politiker wird zum Staatsmann dadurch, an welche Antriebe im Volke er sich wendet. Er ruft aus der Tiefe nicht den Wahn und die Wildheit, nicht die Dummheit und Verführbarkeit, sondern die Vernunft der Völker. Er gibt den Interessen ihr Teil, aber begrenzt ihre Ansprüche.

Gewiß, das alles ist ein Traum. Jeder glaubt zu wissen: das geht nicht; die Menschen sind nicht so. Aber man kann auch wissen: die Menschen haben unvoraussehbare Möglichkeiten in sich. Der zur Zeit nur zu träumende Vorgang — vielleicht ein Wahrtraum — würde ein mächtiger Faktor der politischen Selbsterziehung eines Volkes, das sich als Volk darin überhaupt erst politisch konstituiert.

Ein Traum ist kein Programm. Er ist vielleicht ein Maßstab, an dem man die Realität deutlicher sieht, und er drückt eine Hoffnung aus. Ich sehe das Lächeln mancher Staatswissenschaftler und Soziologen über solche Träume. Die Lehren der Geschichte widerlegen nach ihrer Meinung alle Träume. Diese Lehren aber führen faktisch zur Menschenverachtung und Hoffnungslosigkeit. Wenn sie recht haben, so ist der Untergang unseres Volkes und der Menschheit besiegelt. Die soziologischen Literaten tragen inzwischen ihre Aspekte vor, fast gleichgültig, ob sie ihre Denkungsart in einem nationalsozialistisch oder kommunistisch totalitären oder in einem formaldemokratischen Staat, immer den Herrschenden dienend, praktizieren.

Leugnet man die Möglichkeiten des Weges unter der Idee der Demokratie, so bliebe entweder nur die formale Demokratie, deren Unfähigkeit heute allen Einsichtigen bekannt ist. Oder es bliebe der vergebliche Anspruch der christlichen Kirchen, allen Menschen die Glaubensgrundlagen für die wahre Politik geben zu können. Oder es bliebe der im Rahmen totaler Herrschaft erfolgreiche Anspruch des Marxismus. Daß

Was statt der früheren deutschen Einheit schließlich wirklich werden wird, weiß niemand. Aber man kann sehen, was gegenwärtig Realität ist, welche Wandlungen heute erfolgen, welche Tendenzen zu spüren sind. In der Weise des Wahrnehmens zeigt sich die politische Denkungsart: ob man Forderungen erheben und Entscheidungen des Tages treffen mag mit beschränktem Gesichtsfeld in blindem Drang unter beliebigen Argumenten, oder ob man bereit ist, die Dinge jeweils folgerichtig durchzudenken; ob man unter den realen Bedingungen als höchstes Ziel die Freiheit und die Würde des Menschen, beginnend in der eigenen Umwelt, setzt; ob man seine Entschlüsse lenken will in einer Atmosphäre von Wahrhaftigkeit und einem weiteren Blick auf die Realitäten am höchsten Maßstab.

I. DEUTSCHER STAAT UND ANNEKTIERTES GEBIET

Es gibt heute nur einen deutschen Staat, die Bundesrepublik. Rußland und seine Marionetten in der Sowjetzone behaupten, es gäbe jetzt zwei deutsche Staaten. Das ist nicht der Fall. Die sowjetische Zone ist kein Staat, sondern eine ausländische Gewaltherrschaft. Die Zone ist annektiert und tatsächlich ein Teil des russischen Imperiums.

Es ist falsch, von russischem Kolonialismus zu reden. Der Kolonialismus, den es heute nicht mehr gibt, war, unter vielen großartigen und grauenvollen Erscheinungen, die Einführung der Menschheit in das von Europa heraufgeführte technische Zeitalter. Der russische Annexionismus ist die Vergewaltigung und Ausbeutung einer technisch hochentwickelten europäischen Bevölkerung.

Die gewaltsame Annexion wird verschleiert durch Benutzung abendländischer Rechtsgedanken. Die Russen lassen das annektierte Gebiet nicht durch Russen verwalten, sondern durch Deutsche. Diese, die nicht auf Grund freier Wahlen Repräsentanten des Volkes sind, werden als eine sogenannte Staatsregierung eingesetzt, mit der Rußland dann »Verträge« macht. Die russische Armee ist anwesend zum Schutze der deutschen Marionetten gegen die deutsche Bevölkerung. Als die deutschen Arbeiter sich empörten, griff die Armee Rußlands, des vorgeblichen Staats der Arbeiter, ein, um die Revolution der Arbeiter niederzuschlagen. Ulbricht mit seiner deutschen Polizei vermochte es damals nicht. Sie war ihm nicht sicher, wenn es gegen deutsche Arbeiter ging.

Sprache, in den Familienzusammenhängen, in der Wirkung der noch gestatteten Bücher. Möge Stalin recht behalten: Die Hitlers (und Ulbrichts) kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt! Wir dürfen vertrauen über das Deutsche hinaus auf etwas im Menschen von seinem Ursprung her.

Noch viele andere Gefahren drohen; etwa: die Entvölkerung der Sowjetzone und der Mangel an Arbeitskräften könnte, wie gelegentlich zu lesen war, das Terrorregime veranlassen, eine Ansiedlung von Millionen Chinesen einzuleiten. Wir können nur hoffen, daß Rußland selber sich auf ein solches Risiko nicht einlassen würde, dem maßlos wachsenden Volk der Chinesen diese Chance zu eröffnen.

Der Verkehr zwischen der Sowjetzone und uns wird immer geringer. Der anhaltende Strom der Flüchtlinge scheint zu bezeugen, was wir ständig hören: wie unerträglich das Leben dort wird. Sie geben lieber alles preis und fliehen.

Die größte Sorge ist, daß die Freiheit der Selbstbestimmung des eigenen Lebens in der Zone noch lange auf sich warten läßt. Vor der Möglichkeit des Verlustes des Deutschen in Menschen deutscher Herkunft ist alles, auch die Wiedervereinigung, unwesentlich gegenüber der Freiheit. Wir haben den Anfang solcher Entdeutschung in der Hitlerzeit erlebt und wurden gerade noch von außen befreit und errettet. Daran können wir ermessen, was hier in der Sowjetzone im Gange ist.

5. PROBLEME NACH DER BEGRÜNDUNG EINES FREIEN DEUTSCHEN OSTSTAATS

Was wird aus einem freien Ostdeutschland ohne politische Vereinigung mit der Bundesrepublik? Unsere Landsleute im Osten würden mit uns, wir mit ihnen, wieder in so unbehinderter Kommunikation stehen, daß die Grenze kaum noch fühlbar wäre. Die politische Grenze spielte keine Rolle mehr, auch wenn sie den Unterschied der militärischen Rüstung und das Verbot der Wiedervereinigung brächte. Das Leiden an der Trennung würde verschwinden, außer bei denen, die an Macht und Rüstung als Lebensinhalt, nicht als an eine bittere Notwendigkeit denken. Das vernünftige politische Bewußtsein beruht heute ohnehin darauf, Glied der großen Gemeinschaft der abendländischen Selbstbehauptung zu sein als Mitwirkende oder als Geschützte. Unumgänglich ist das Schicksal des neutralen Staats in der Randlage mit ihren besonderen, aber keineswegs größeren Gefahren in einem neuen Weltkrieg.

Was die Deutschen im Osten nach ihrer Befreiung zum neutralisierten Staat tun würden, das wird durch sie selber bestimmt. Die Aufgaben, die aus den dann zunächst gegebenen wirtschaftlichen, sozialen, organisatorischen, bürokratischen Ordnungen erwachsen, sind so schwierig, daß wohl niemand voraussagen kann, was da entstehen würde.

Ob und wie und wie weit die Umstrukturierung des Ostens zurück zur freien Wirtschaft geschehen solle, ist nicht vorweg mit einem Programm zu beantworten. Was langsam, jetzt schon 15 Jahre lang, durch Plan und Gewalt entstanden ist, läßt sich nicht einfach umwerfen im Sinne einer Restituierung dessen, was vorher war. Mögen die wirtschaftlichen Probleme auch riesengroß erscheinen, die Deutschen haben diese dank ihrer Tüchtigkeit immer gelöst, wenn sie nur die Freiheit dazu hatten. Gewiß ist, daß die Bundesrepublik wirtschaftlich im größten Stile Ostdeutschland im Anfang zu Hilfe kommen müßte.

Wenn aber die Freiheit da ist, kann etwas Neues erwachsen, das jedenfalls überall die persönliche, wahrhaftige und verantwortliche Lebensform ermöglichen würde und den Mut und die Lebensfreude. Es könnten in Ostdeutschland dann Dinge entstehen, die lehrreich und vorbildlich für den Westen würden. Dieser selber ist ja keineswegs vorbildlich in seinen konkreten Verwirklichungen, sondern nur in der Voraussetzung der Freiheit und ihrer Chancen.

6. WAS WIRD AUS BERLIN?

Nach der Konstitution eines freien Ostdeutschlands hätte Berlin als ein eigenes Gebiet die Freiheit der Selbstentscheidung. Daß die gesamte Bevölkerung aller deutschen Gebiete gemeinsam abstimme und daher die Bevölkerung der Bundesrepublik den etwa anderen Willen Berlins oder Ostdeutschlands überstimmen dürfte, ist heute keine durch erworbene Rechte begründete und auch keine naturrechtliche Forderung. Daher hätte Berlin zu entscheiden, ob es selbständiger kleiner Staat bleiben oder Hauptstadt des freien Ostdeutschlands werden wolle, oder ob es, falls die Mächte dies gestatten würden, auf Grund der faktischen wirtschaftlichen Beziehungen als auswärtige Enklave zur Bundesrepublik gehören möchte.

Kein Zustand ist in der Geschichte endgültig, weder der jetzige, noch der dann zunächst gewählte. Wir wären zufrieden, wenn ein im Rahmen der Weltpolitik relativ dauernder Zustand erreicht würde.

gen und Vorstellungen und Willensrichtungen ändern sich, sondern auch die Realitäten und die Situationen in der Welt, auf die sie sich beziehen. Daher ist die ständige Aufgabe, miteinander redend die Wahrheit zu finden und die gefundene wieder zu prüfen. Es gibt äußere Realitäten und logische Konsequenzen, die diskutierbar sind bis zu rational zwingender Erkenntnis. Was Ausdruck des Willens ist, ist diskutierbar im Sinne der Klärung dieses Willens, der sich bewußt wird, was er eigentlich will, und dabei zu dem Ergebnis kommen kann, daß er dies eigentlich nicht will.

Wenn die Realität politischen Bewußtseins behauptet wird, so ist diese, weil sie Bewußtsein ist, durch denkende Einsicht zu wandeln. Wenn der Wille zur Wiedervereinigung Realität ist, so gilt für die Wahrhaftigkeit: er darf nicht durch einfache Wiederholung mit jeweils herbeigezogenen zufälligen Begründungen, sondern er muß in der Luft heller Einsicht sich bewähren.

In dem bloßen Behaupten und in der Sophistik findet die brutale Gewalt des Daseins ihren Ausdruck, in der Wahrheit unerbittlich tiefer dringenden Denkens findet die geistige Energie politischen Kampfes ihre Sprache.

4. »RICHTIGSTELLUNG DER NAMEN«

Konfuzius, der große chinesische politische Denker, erklärte für das erste Erfordernis eines dauerhaften Staatswesens die Richtigstellung der Namen. Das heißt: die Dinge sollen als das benannt werden, was sie sind, nicht benannt werden als das, was sie nicht sind.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik ist als Provisorium für ein vorläufiges Staatswesen gemeint. Entweder soll man es geradezu so nennen. Oder man soll mit Erkenntnis des Tatbestandes aus dem Willen, nicht ein Provisorium zu sein, das Grundgesetz in allem ändern, was faktisch das Provisorium bedeutet.

Es wäre die Frage, ob nicht auch der Name »Bundesrepublik Deutschland« geändert werden sollte. Der Name klingt zwar einfach. Wie leicht aber sagt man »Deutsche Bundesrepublik«, womit man unbewußt der russischen Weise der Zweistaatentheorie verfällt; die andere heißt ja »Deutsche Demokratische Republik«, ein lügenhafter Name. Vor allem aber enthält der Name »Bundesrepublik Deutschland« den Anspruch auf Wiedervereinigung. Wahrer und einfacher wäre »Westdeutschland« für die Bundesrepublik, und für den möglichen zukünftigen zweiten Staat »Ostdeutschland« (analog zu Österreich, dem östlichen Reich) für

können die Gründe ausgetauscht, die Auffassungen und Meinungen verändert werden. Die intime Unterhaltung mit dem zuverlässigen, gegenseitigen Einverständnis, von den Gängen der Unterhaltung und den Äußerungen nichts bekannt werden zu lassen, ist allein imstande, die Gedanken und Ziele von beiden Seiten her offenbar werden zu lassen und Entscheidungen, Verträge, Verpflichtungen vorzubereiten. Die Öffentlichkeit schließt das wirkliche Gespräch aus, macht die Positionen starr, verwandelt Verhandlungen in Propaganda. Wahrheit wird viel leichter in unöffentlichen Gesprächen wirklich. In öffentlichen Veranstaltungen, in Massenversammlungen wird sie kund, bestätigt, eingepägt.

Die unöffentlichen Gespräche Geheimdiplomatie zu nennen und diesen Namen für sie anzunehmen, ist eine Namensverdrängung. Die totalitären Regimes haben den Sinn der Verwerfung der Geheimdiplomatie umgekehrt: Öffentlichkeit verlangen sie für das, was geheim sein sollte, die Verhandlungen; geheim halten sie das, was öffentlich sein sollte, die Entschlüsse, die Abreden mit Bundesgenossen.

Die Richtigstellung der Namen verwehrt Halbheit und Unklarheit. Das Volk wird urteilsfähig, wenn ihm als Material seines Urteils das Einfache, Eindeutige und Klare vorgelegt und zur Gewohnheit wird.

Das Hinweggleiten über Tatsachen und Meinungen durch Unbestimmtheiten, Mehrdeutigkeiten, das Annehmbarmachen durch abschwächende Ausdrücke und Formeln, das ist ein Verfahren alter wie gegenwärtiger Diplomatie, durch das Nebel erzeugt werden, hinter denen man die notwendigen Entscheidungen verzögert, für sich günstige faktische Wandlungen erhofft oder tut, was man will. Es ist die Weise politischer Unwahrhaftigkeit, die nicht geradezu lügt. Zu ihr gehört Kunst. Aber dies ständige Täuschungsmanöver, Menschen zu einigen unter Formeln, bei denen jeder sich etwas anderes denken kann, ist verderblich. Während alle zustimmen, ist doch gar keine Einmütigkeit. Wenn heute nicht der radikale Wille zur Klarheit und Entschiedenheit zur Geltung kommt, lösen sich Täuschung und Lüge nicht auf.

5. UNSER BEISPIEL: WIEDERVEREINIGUNG UND FREIHEIT

a) *Die öffentliche Selbsttäuschung:* Alle Parteien fordern die Wiedervereinigung. Sie tun so, als ob diese auf Grund eines Rechtsanspruchs zu fordern wäre. Die Wiedervereinigung wird identisch mit der Selbstbestimmung gesetzt. Die Identifizierung der Forderung der Wiedervereinigung eines Territoriums und der Selbstbestimmung der inneren staatlichen Lebensform ist eine Täuschung. Daher wird territoriale

Adenauer kann beschwörend sagen (Sept. 1960): »In unserem Volk steckt etwas drin, es will mehr und mehr und mehr haben. Es gibt kein unzufriedeneres Volk. Mir wird es eng ums Herz, wenn ich daran denke, was einmal aus dem deutschen Volk werden soll, wenn das nicht anders wird.« In meinem Gedächtnis ist mir keine Äußerung des Vertrauens zum deutschen Volke aus Adenauers Mund gegenwärtig. Es wird sie gewiß geben.

Kann er nicht hindurchstoßen durch die politischen Manipulationen der Parteien zu den großen Motiven, die in der Seele der Deutschen nur warten, erweckt zu werden? Muß er sich vor allem an die niederen Instinke wenden, an das Sicherheitsbedürfnis und an die materiellen Begehren? Nimmt er das Faktum der aus der Vergangenheit noch fortbestehenden politischen Führungsklüngel für endgültig? Kann er weder seine eigene Partei auf einen substantiellen Grund der Denkungsart stellen, noch zu den großen Wählermassen der SPD durchdringen, unter denen so viele mit ihrer Parteiführung sehr unzufrieden sind (wie die der CDU mit der ihren), weil sie Wahrheit wollen? Hat er es sich selber mit den geschickten Manipulationen geistig und ethisch zu leicht gemacht, gemessen an der staatsmännischen Aufgabe, mit der Politik zugleich das Volk zur Selbsterziehung zu bringen?

Adenauers Äußerungen, die in bezug auf die große Weltfrage der Selbstbehauptung abendländischer Freiheit groß durch Einfachheit und Eindeutigkeit sind, sind es in vielen anderen Beziehungen nicht. Einige Beispiele:

Adenauer kann beklagen: »wie wenig Nationalgefühl das deutsche Volk hat« (wenn er etwas Substantielles begehrt), und er kann sagen: »Mit nationalistischen Gefühlen tun wir uns keinen Gefallen« (wenn er daran denkt, daß Europa und Deutschland nur gemeinsam mit Amerika eine Sicherheit habe). Beides ist vereinbar, wenn unter Nationalgefühl nicht nationalstaatlicher Anspruch verstanden wird. Aber er bringt es nicht zu radikaler Klarheit.

Adenauer ist für die Wiedervereinigung. Aber vor längerer Zeit las man seinen Satz: »Die Wiedervereinigung kommt von selbst.« Sagt er damit nicht, man solle und könne nichts dafür tun, also sei sie praktisch kein aktuelles Thema in der Politik? »Von selbst«, das heißt doch: in einer fernen Zukunft, wenn in der Welt alles ganz anders ist, die Weltlage sich so radikal gewandelt hat, daß die Wiedervereinigung nur eine kaum noch etwas verändernde Angelegenheit von staatlichen Verwaltungsbezirken innerhalb einer großen Weltordnung sein würde. Bis

tung stand, abgestimmt wurde, fragte ich einen mir länger bekannten klugen jungen Menschen aus dem Volke, wie er stimmen werde. Gar nicht, antwortete er: Ich habe die Verfassung gelesen, aber nicht verstanden; das kann ich nicht beurteilen, daher weder ja noch nein sagen. Wenn nur alle Deutschen diese vernünftige Einsicht hätten, dachte ich, dann stünde es besser. Mir war, als ob ich die lebendige Forderung aus dem Volke hörte, mit Urteilskraft und Urteilsmöglichkeit dabei sein zu wollen. Eine allgemeine Nichtteilnahme an der Abstimmung hätte bedeutet: belehrt uns erst und laßt uns darüber nachdenken! Aber diese Demokraten setzten im Volkssouverän und seiner Meinung Kenntnis und Urteilskraft als selbstverständlich voraus — welche abgründige Unwahrhaftigkeit! Demokratie wächst mit dem Denken des Volkes. Ohne dieses ist sie eine entsetzliche Täuschung. Daß die Entwicklung dieser Urteilskraft möglich ist, ist die Idee der Demokratie. Wer den Glauben an diese Möglichkeit nicht teilt, kann nur entweder redlich verzweifeln und die menschlichen Dinge in den baldigen Untergang treiben sehen, oder als zynischer Manipulierer bis auf weiteres sein Spiel der Macht versuchen.

3. DIE DEMOKRATISCHE ERZIEHUNGSMÖGLICHKEIT DURCH KRISEN

Als der parlamentarische Rat das Grundgesetz beschlossen hatte, sollte es zwar der Boden des sittlich-politischen Bewußtseins im Volke werden. Dies Bewußtsein aber war mit der beschlossenen Verfassung keineswegs schon unerschütterlich da. Vielmehr mußte erst in kritischen Situationen wie durch ein plötzliches Licht dem Volke und den Politikern bewußt werden, was eigentlich Verfassung ist. Ihre Unantastbarkeit muß dann gegen Versuche einer Aushöhlung vermöge der Eindringlichkeit der Erfahrung im Volke gegründet werden. Die Forderung der Verfassungsmäßigkeit allen Handelns darf nicht eingeschränkt werden. Aber einzelne Bestimmungen der Verfassung sind verfassungsgemäß korrigierbar, und die Verfassung ist zu ergänzen, wenn Erfahrung lehrt, daß sie nicht genügt. Bei Gehorsam gegenüber der Verfassung öffnet sich doch der Weg zu legaler Verfassungsänderung. Daß solche Ereignisse die Teilnahme des Volkes erwecken bis zur Leidenschaft für diesen Grund seines ganzen Daseins, ist ein Faktor demokratischer Selbsterziehung. Werden solche Augenblicke durch unauffällige Übereinkommen geglättet, nicht aber die eherne Macht der Verfassung offenbar, dann wird die demokratische Erziehung selber versäumt. Ich gebe einige Beispiele so, wie ich sie wahrgenommen zu haben glaube.

den. Es müßte allen Offizieren sich einprägen, welche Grenzen sie einzuhalten haben. Eine Demokratie muß sich behaupten gegen die Eigenmächtigkeit von Generälen. Jeder muß wissen, welche Folgen sie für ihn selber hat. Und das gesamte Volk muß es begreifen, wie es seine Verfassung begreifen muß.

Der Akt dieser Veröffentlichung scheint mir eine für die demokratische Idee so schwere Verfehlung, daß sie öffentlich sichtbar werden müßte. Ein Disziplinarverfahren gegen den das Dokument unterzeichnenden Offizier wäre am Platze mit dem Ziel der Dienstentlassung. Denn der unbedingte Gehorsam gegen die politische Führung ist verletzt worden. Das ist für das Ganze des Staats schlimmer als irgendeine Disziplinwidrigkeit innerhalb der Armee. Wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für ein solches Verfahren noch nicht da sind, müßten sie geschaffen werden.

Was hier geschah, ist ein nur scheinbar harmloses, wegen des Inhalts der ausgesprochenen Erfordernisse und ihrer für die Majorität der Deutschen geltenden Richtigkeit nicht auffälliges Ereignis. Aber der Form nach beginnt hier das, was schon vor 1914 zu Tirpitz' Zeiten angezettelt wurde, 1914 durch den Einmarsch in Belgien infolge vermeintlich unumgebarer militärischer Erfordernisse in Abhängigkeit von der Armee politisch geschah, was in Ludendorffs Umspringen mit den Reichskanzlern, seinen Eingriffen in Polen, seiner im Nervenzusammenbruch erfolgten übereilten Forderung nach sofortigem Waffenstillstand sich fortsetzte — die Herrschaft des Militärs über die Politik.

Was geschah nach der Veröffentlichung der Bundeswehr? Man las, daß der Kanzler den Bundesverteidigungsminister aus dem Urlaub zurückberief, nach Aussprache mit ihm den Inhalt des Dokuments billigte, die Form des Vorgehens nicht. Er selbst hat öffentlich nicht gesprochen und es geschah gar nichts. Was etwa intern erörtert wurde, davon weiß man nichts; es ist auch gleichgültig. Denn nur durch öffentliche Akte können öffentliche Verfehlungen ihrer Bedeutung entsprechend geahndet werden, um schlimme Entwicklungen im Ansatz zu erkennen und zu verwehren.

Klanglos ist die Sache der Vergessenheit verfallen. Die Gelegenheit der Einprägung eines staatsnotwendigen Grundsatzes in das Bewußtsein des Volkes und der Bundeswehr war versäumt worden.

Eine Regierung, die in solchen Fragen den Weg der Glättung und der Kompromisse einerseits, gewaltsamer partikularer Entscheidungen

andererseits geht, dagegen die großen einprägsamen, ein Volk politisch bildenden Handlungen meidet, hat dann ihre Mitverantwortung für die Entwicklung der Urteilskraft des Volkssouveräns nicht ernst genommen.

Clemenceaus Wort: »der Krieg sei eine viel zu ernste Sache, als daß man ihn den Generälen überlassen dürfe«, spricht eine unumgängliche demokratische Wahrheit aus. Clemenceau ging in Zivil (nicht in Uniform) an die Front und bändigte eine Meuterei. Entschluß und Kraft und Mut des Staatsmanns aus einem Ethos, das tiefer gründet und weiter blickt als das in seinem Bereich tadellose des Berufsoffiziers, stehen über der Armee.

Bethmann Hollweg, der redliche, intelligente, zuverlässige Beamte, demütigte die Staatsregierung und sich selbst, ohne es zu merken, soweit, daß er 1914 in Uniform in den Reichstag ging, das Symbol dafür, daß die Armee, nicht die staatsmännische Regierung damals von Anfang an die Entscheidungen fällte.

Wenn allerdings nicht Staatsmänner, sondern Beamte, Gewerkschaftsfunktionäre, Journalisten, von Parteien lebende Berufspolitiker regieren, soweit sie in den Banden ihrer Herkunft geblieben sind, dann ist die politische Situation nicht weniger schlimm. Würdelose Leute regieren, die nicht wissen, daß Staatsmänner in der Politik ihr Leben einsetzen. Sie laufen wie 1932 vor ein paar Soldaten unter dem Wort »der Gewalt weichen« davon, setzen nicht einmal die Polizei ein, beschließen am Ende ein »Ermächtigungsgesetz«, weil sie, auch wenn es um das Äußerste, die politische Freiheit selber geht, den Bürgerkrieg nicht wagen.

In der Bundesrepublik darf man glauben, einige Männer zu sehen, die den Mut haben, durch den sie den soldatischen Mut, der ihnen ohnehin eigen ist, übertreffen. Solche Männer halten die Armee in ihren Schranken. Es ist ein freierer, unter unendlich größeren Lasten stehender Mut in den politischen Entschlüssen und ihrer Durchführung. Gönnst das Schicksal der Bundesrepublik nicht solche Männer, dann ist wenig Hoffnung, daß dieser Staat etwas anderes wird, als, in den modernen Formen scheinbarer Autonomie, ein den Söldnertruppen vergangener Zeiten analoges Gebilde im Dienste des Westens oder Ostens, oder gar wieder als der Explosionsherd, diesmal nicht mehr nur für die Auslösung eines Weltkrieges, sondern für den Untergang der Menschheit.

Das scheinbar so winzige Ereignis der Eigenmächtigkeit der Bundes-

wehr führt im Bedenken seiner Bedeutung fast unfehlbar zu solchen Fragestellungen.

c) Verbot der Kommunistischen Partei

Die Kommunistische Partei ist bei uns verboten. Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht hat nach dem Grundgesetz diesen Entscheid getroffen. Er ist unantastbar.

Aber er scheint innenpolitisch nicht vorteilhaft. Es wäre besser, die Kommunisten frei, statt unterirdisch sich bewegen zu lassen. Sie sollten der Vernunft des Volkes der Bundesrepublik, der klaren, nicht schimpfenden Sprache der Staatsmänner ausgesetzt sein und in voller Freiheit, wie in der Schweiz, bis auf einen winzigen Rest verschwinden.

Vielleicht ist auch die Folge, daß die SPD die Stimmen der Kommunisten für sich sucht. Daher die Neigung, in der Widersprüchlichkeit der Parteidoktrin auch Thesen (wie etwa in dem jetzt verworfenen Deutschlandplan) aufzustellen, die dort gefallen, und auch die Neigung, bei sich Politiker zur Geltung kommen zu lassen, von denen kommunistisches Denken angesprochen wird, wie andere den bürgerlichen Kreisen genug tun. Die Klarheit der SPD wird gestört. Sie wäre an sich vielleicht eher zu erreichen als die der CDU.

Wer die demagogische Überlegenheit und Bedenkenlosigkeit der kommunistischen Denkungsart (auch bei denen, die sich doktrinal vom Kommunismus losgesagt haben) begriffen hat, kann der SPD so lange kein Vertrauen schenken, als sie solche Männer in sich duldet. Denn in kritischen Augenblicken politisch bedrohlichen Geschehens haben sich diese Leute, weil die bedenkenlosesten, auch als die Sieger erwiesen.

Diese Folgen des Parteiverbots können zur Frage veranlassen, ob das Grundgesetz korrigierbar ist. Diese Frage steht im Komplex der Fragen, wie Freiheit und die Idee der Demokratie innenpolitisch zu schützen sind. Wie kann Freiheit sich behaupten gegen die, die die Freiheit benutzen, um sie zu vernichten? Dazu dient auch das Grundgesetz. Aber kein Rechtsmechanismus ist am Ende ein sicherer Schutz. Freiheit und Demokratie haben nur Bestand, wenn in den Staatsmännern und dem Volke die Motivationen der Freiheit verlässlich gegenwärtig sind. Dahin führt die politische Erziehung durch die Ereignisse, die in den Entschlüssen der Staatsmänner und deren Auslegung sichtbar werden.

4. DAS GIFT FÜR DIE FREIHEIT: DIE POLITIK DER GEMÜTLICHKEIT

Man soll sich nicht täuschen: Der Sinn für das Faktum der Gewalt

und ihre Erscheinungen, für ihre Vorboten, und dann die Forderung, in der Politik diese Grundrealität ständig vor Augen zu haben, das ist kein romantischer Drang zum Abenteuerlichen, sondern bittere, widerwillig gewonnene Erkenntnis.

Unter dem Schleier von Reden, Tagungen, Verhandlungen wird das Grundfaktum verborgen. Eine bloße Rationalität meint wirklichkeitsblind durch ausgedachte Vertragsvorschläge der Gewalt Herr zu werden, trotzdem die Voraussetzungen für solche Verträge noch nicht gegeben, sondern erst zu schaffen sind.

Verderblich ist die Neigung, in akuten Situationen den Kern der Sache nicht zu berühren, vielmehr zu glätten mit bloßen Redensarten, und Schweigen zu fordern, damit die »komplizierte« Situation nicht auch noch verschärft werde. Verderblich ist auch das empörte Trotzen und Auftrumpfen und Drohen und Anklagen. Allein die Offenheit, die Dinge ruhig beim Namen zu nennen, mit Fragen und Antworten in sie einzudringen, kann enthüllen, was geschieht und was gewollt wird, und dieses zugunsten gemeinsamer Vernunft, trotz des Sturms entfesselter Wildheit, vielleicht ändern.

In einem die Öffentlichkeit erregenden Konflikt gab mir 1924 ein kluger und gutwilliger Jurist den Rat: dilatorisch behandeln, die Unruhe sich austoben zu lassen, bis der Fall der Öffentlichkeit langweilig wird, dann kann man tun, was man für richtig hält. Ein schlimmer Rat!

Die Verbindung von höflich vermittelnden Verhandlungen, liebenswürdigem Humor, Befriedigung von Eitelkeiten, Herstellung von Stimmung, Erfindung einigender, aber nichtssagender Phrasen, geschickten Manipulationen, kurz: die Politik der Gemütlichkeit und Schläue ist das tödliche Gift für die Idee der Demokratie zugunsten der Handhabung der formalen Demokratie.

Auf diesem Wege graben sich Demokratie und Freiheit ihr Grab wie vor 1933. Diese Erkrankung der Freiheit ist aber nicht Naturprozeß oder Geschichtsprozeß, sondern Schuld eines jeden. Nicht die Hitler haben Schuld, die als Bakterien auf diesem Krankheitsboden gedeihen, wenn Staatsmänner nicht mehr da sind und Politiker am Ende jene tragikomischen Szenen spielen, in denen sie zeigen, daß sie nicht wissen, daß es in der Politik um Kopf und Kragen geht. Gute Leute, aber schlechte Musikanten!

Die Bundesrepublik, so hoffen wir, wird andere Kräfte in sich entwickeln. Adenauer ist kein Mann, der davonläuft. Er weiß und vergißt keinen Augenblick, was auf dem Spiele steht, auch wenn er in dem Ge-

wirr schlecht-demokratischer Spinnfäden sich oft genug mag fangen lassen. Und andere Männer scheinen sichtbar zu werden.

Wir haben die Atempause unter dem Schutz Amerikas, in der uns die Chance zur demokratischen Selbsterziehung gegeben ist, durch die allein wir ein Glied der gemeinschaftlichen Selbstbehauptung werden. Wirtschaftsblüte und Armee allein genügen durchaus nicht.

Erst durch den Blick auf die Gewalt erwächst der ganze Ernst der Politik. Sie geht an den äußersten Grenzen des Daseins, am Rande des Abgrunds, aus dem die Zerstörungsmächte heraufsteigen.

Die Verfassung ist das einzige gemeinschaftliche Bollwerk am Abgrund. Jugend und Bürger müssen mit dem die Verfassung erzeugenden Ernst vertraut werden. Dann sehen sie die Härte der Realität, durch die die Verfassung gefordert ist, die Strenge des gültigen Gesetzes, die Verfassung als Eckstein, ohne den staatliches Leben und damit menschliche Möglichkeiten zusammenbrechen. Daher muß die Verfassung die unzweideutigen großen Grundsätze haben, die nicht als Redensarten empfunden werden.

Keine betrügenden Emotionen dürfen an die Verfassung geknüpft werden, als ob das Grundgesetz, wie wir es haben, schon wirklich Verfassung wäre und es nicht erst werden müßte. Vor Jahren hörte ich von einer deutschen Schule, an der auf ministerielle Anordnung eine Verfassungsfeier stattfand. Etwas Ungekanntes, Unglaubwürdiges, Unbegriffenes, in den Herzen nicht Existentes, dazu jeder wirksamen Symbolkraft Bares wurde den Kindern zur Feier vorgesetzt. Das heißt das Ethos der Kinder in der Knospe zu verderben.

5. DISTANZ ZUM STAAT

Man hat den Deutschen, vor allem den Geistigen, stets vorgeworfen, daß sie sich nicht um Politik kümmern, keine Verantwortung für den Staat fühlen. Der Vorwurf gegen dieses Erbstück aus den Jahrhunderten des Obrigkeitsstaates ist berechtigt.

2
22
Etwas ganz anderes aber ist die Distanz zum Staat, welche zugleich mit der politischen Selbsterziehung einsetzt. Ein jeder lebt in dem ihm eigenen deutschen Selbstbewußtsein. Dieses bleibt dem einzelnen auch noch in politischer totaler Katastrophe, so 1933. Verloren sind wir nur, wenn wir dies vopolitische Bewußtsein einer geschichtlichen Geborgenheit in unseren Wurzeln preisgeben. Wir sind aber ebenso verloren, wenn wir unser deutsches Bewußtsein bedingungslos an einen bestimmten Staat binden. Wenn der Staat sich vom Deutschen lossagt wie 1933,

132
dann entscheidet sich, was eigentlich deutsch ist. Als damals ein bekannter deutscher Professor mit seiner Frau, einer Ausländerin, einen Aufmarsch der SA sah, an dem auch hier und da ein Professor teilnahm, und als sie fragte: »Was ist denn Deutschland, dies oder Goethe?« antwortete er grimmig: »Dies, dies!« Ich glaube, daß er im Zorn des Augenblickes irrte.

Wollen wir, verbunden der Substanz unserer Herkunft, in der Weite unserer Möglichkeiten bleiben, dann kann sich im Staat allein unser Selbstbewußtsein nicht erfüllen. Es gehört zu unserem Schicksal, daß wir in innerer Distanz zu unseren jeweiligen Staatsbildungen bleiben.

Das gilt auch von der Demokratie, die plötzlich, als ein Grundgesetz fix und fertig, durch die Umstände, nicht durch die Kraft eines um Freiheit kämpfenden Volkes als Krönung dieses Kampfes, eingeführt wird. Ihr fehlt trotz großer Leistungen dieses Staats noch Bewährung und Dauer. Erst in dem Maße, wie sie durch Mitdenken und Mithandeln der Bürger, in der Solidarität durch politische Erziehung wirklich wird, können Bürger und Staat sich inniger verbinden.

In besonderen Fällen wie der Schweiz und Holland hat es eine Dauer gegeben. Hier kann die Identifizierung des eigenen Wesens mit dem Staat am weitesten gehen. Dann aber entfaltet sich dort in der Einheit mit dem eigenen Staatswesen gerade die weiteste europäische Gesinnung. Sie ist die Form der Distanzierung jedes freien Menschen vom Staatlichen überhaupt, dem der Bürger als der alles bedingenden Daseinsgrundlage mit Eifer dient, ohne sich daran zu verlieren. In der politischen Neutralität wird auf die mögliche Großheit der Tat im weltgeschichtlichen Schicksal verzichtet, aber um so mehr die Kraft entwickelt, im eigenen staatlichen Inneren die friedliche Politik zu finden, die in der Weltpolitik nicht als Machtfaktor, sondern als Leitbild zur Geltung kommen könnte.

Die Paradoxie: ganz dabei und doch distanziert zu sein, ist vielleicht die Bedingung großgearteter Politik überhaupt.

Die Distanz erlaubt es nicht, sich zu entziehen. Aber in der Selbstidentifizierung mit dem Staat hört die Distanz auf und wird die Politik eng.

Die Unruhe in der Leidenschaft für die gemeinsame Freiheit im Staat ist politisch bauend nur in Verbindung mit der Ruhe der inneren Überlegenheit.

Was in dieser Ruhe die Freiheit ist, kann nur im philosophischen Denken fühlbar gemacht werden. Sie ist etwas ganz anderes als die